

A-1-B Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen!

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	31.10.2020
Tagesordnungspunkt:	A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

1 Soziale Spaltung, Klimakrise, massenhaftes Artensterben, Krise unseres
2 Gesundheitssystems und eine drohende Wirtschaftskrise: Wir befinden uns in einer
3 Zeit der Krisen, was nicht erst durch die Corona-Pandemie gesellschaftlich
4 sichtbar und spürbarer wird. Marode Gesundheitssysteme, steigende Armut und
5 keine Aussicht auf Verbesserung: Die gesellschaftlichen Konsequenzen von
6 Marktlogik und Zwang zur Profitmaximierung zeigen sich so deutlich wie seit
7 Jahrzehnten nicht mehr. Und diese Krisenhaftigkeit ist kein Zufall: Krisen
8 wohnen unserem System inne und sind ein Wesensmerkmal des Kapitalismus. Die
9 Schere zwischen Arm und Reich klappt auseinander. Während man auf schnellstem
10 Weg großen Konzernen Rettungspakete schnüren konnte, blieben die Ärmsten der
11 Gesellschaft außen vor. Wer vorher schon im Niedriglohnsektor gesteckt hat,
12 rutscht spätestens mit dem Kurzarbeitergeld in Armut. Armut ist mehr als das
13 Unvermögen einzelner, sie ist systemisch: Eine Wirtschaft, die sich an
14 Profitmaximierung orientiert, missachtet unter diesem Anspruch systematisch die
15 Befriedigung selbst der grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse. Wenn schlechte
16 Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne gut für die Wirtschaft sind, dann wird
17 klar: Dass es uns gut geht, solange es der Wirtschaft gut geht, ist nicht mehr
18 als eine Ausrede, um Profitinteressen zu verschleiern.

19 Arbeit strukturiert Gesellschaft - doch wie sie die Gesellschaft strukturiert,
20 ist zutiefst ungerecht. Während wenige davon leben können, dass andere für sie
21 arbeiten, müssen viele gegen Lohn arbeiten gehen, der ihnen im schlimmsten Fall
22 nicht mal zu einem Leben in Würde reicht oder werden gleich durch Hartz IV in
23 Armut gedrängt. Am härtesten trifft es die, die noch nie eine Lobby hatten,
24 beispielweise weil sie schon seit mehreren Generationen in Hartz IV leben oder
25 für ein Taschengeld weit unter dem Mindestlohn in einer Werkstatt für behinderte
26 Menschen arbeiten müssen. Diese Verhältnisse sind nicht durch Zufall so
27 entstanden. Die knapp 1,5 Millionen deutschen Millionär*innen haben nicht
28 einfach ein bisschen härter gearbeitet oder irgendwie Glück gehabt. Kapitalismus
29 baut darauf auf, dass es Menschen gibt, die besitzen, und andere, die dafür
30 arbeiten müssen.

Und auch die Klimakrise ist nicht nur das Ergebnis einzelner schlechter Entscheidungen oder die Konsequenz unbekannter Fakten. Sie hat ihren Ursprung in einem System, das auf Ungerechtigkeit basiert und das Mensch und Natur ausbeutet. So sind auch die Folgen der Klimakrise zutiefst ungerecht verteilt und diejenigen, die am wenigsten für die Klimakrise verantwortlich sind, sind am härtesten von ihr betroffen. Doch Lösungen für die Eindämmung der Klimakrise kratzen immer noch nur an der Oberfläche, statt ihre Ursachen an der Wurzel zu packen. Diese Krisen lassen Risse im Status Quo entstehen. An ihnen wird klar: was wir brauchen, sind grundlegend neue Maßstäbe und Regeln, nach denen unsere Gesellschaft organisiert ist. Wir wollen mit systemischen Lösungen an diesen Krisen ansetzen, um den Politikwechsel zu schaffen.

Das Gute Leben für alle!

Wir kämpfen für ein System, das sich nicht länger daran orientiert, wo der meiste Profit generiert werden kann, sondern daran, welche Bedürfnisse eine Gesellschaft hat. Um bedürfnisorientiert zu Wirtschaften müssen wir uns deswegen von Profit- und Wachstumszwängen lösen. Was wir dafür brauchen, ist ein radikaler Wandel der Art und Weise, wie unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft organisiert sind. Wir müssen Bereiche der demokratischen Kontrolle zuführen und dafür dem Markt entziehen. Grundrechte wie Mobilität, Gesundheit oder Wohnen oder unsere Energieversorgung sind Bereiche, in denen wir uns nicht länger leisten können, dass Gewinninteressen von wenigen über den Bedürfnissen von vielen stehen. Nicht Konzerne, sondern wir als Gesellschaft, müssen darüber entscheiden, was und zu welchen Bedingungen produziert wird. Nur so können wir die Herausforderungen unserer Zeit wie soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit und ökologische Krisen angehen. Unsere Vision ist eine Welt, in der niemand in Armut leben muss, in der niemand ausgebeutet wird und in der der Wert eines Menschen nicht an seiner wirtschaftlichen Verwertbarkeit festgemacht wird. Ein System, in der durch radikale Klimapolitik das 1,5-Grad-Ziel noch eingehalten werden kann und in der gesellschaftliche Arbeit gerecht verteilt wird, ist möglich. Was wir dafür brauchen, ist eine Demokratisierung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft, die allen Menschen Mitbestimmung ermöglicht und eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Das derzeitige System kann nur fortbestehen, wenn es Ressourcen gibt, die ausgebeutet werden können und Auslagerung möglich ist. Grundvoraussetzung für das Entstehen des Kapitalismus war die rassistisch legitimierte, gewaltvolle Aneignung von Ressourcen und die Versklavung von Menschen in Zeiten des Kolonialismus. Ausgrenzung und Ungerechtigkeit ermöglichen auch heute, dass das System erhalten bleibt. Deswegen ist es wichtig, unsere Kämpfe global zu denken und sowohl bei der Bekämpfung der Klimakrise als auch in Arbeitskämpfen diejenigen nicht zu vergessen, die von der Externalisierung am stärksten betroffen sind: Die Ausbeutung von Lohnabhängigen und von Natur im Globalen Süden muss endlich beendet werden. Weltweit leiden Menschen unter der

Unterdrückung im Kapitalismus und wir alle wissen: Die Klimakrise wird nicht mehr lange einzudämmen sein. Ein Leben in Freiheit und Würde für alle Menschen weltweit ist letztendlich nur möglich, wenn wir den Kapitalismus überwinden.

Schritte des Aufbruchs

Arbeitskämpfe sind zentral für die Ausgestaltung unseres Zusammenlebens. Gerade entscheiden nur wenige Menschen darüber, wie unsere Arbeit organisiert ist. Das wollen wir nicht länger hinnehmen: Zeit, Arbeit zu demokratisieren! Deswegen fordern wir eine *Arbeitszeitverkürzung auf 20 Stunden bei vollem Lohnausgleich!* So realisieren wir eine stärkere Beteiligung der Arbeiter*innen am erwirtschafteten Profit und machen gleichzeitig den Weg frei für ein neues Verhältnis zu Arbeit: Wir schaffen Zeit für Engagement, Bildung, Beziehungen und für einen selbst.

Arbeitszeitverkürzung ist feministisch!

Aktuell arbeiten in Deutschland ca. 47% aller Frauen und nur 15% aller Männer in Teilzeit. Das liegt auch daran, dass der größte Teil der unbezahlten Sorgearbeit aktuell von Frauen geleistet wird. Zu dieser Arbeit gehören unter anderem Kinderbetreuung, Hausarbeit oder Pflege von Angehörigen. Wenn diese Tätigkeiten nicht mit einem Vollzeitjob vereinbar sind, sind es folglich in erster Linie Frauen, die für diese Tätigkeiten ihre Arbeitszeit reduzieren. Wir wollen durch die Arbeitszeitverkürzung eine gerechtere Verteilung von Care-Arbeit schaffen.

Doch das allein wird nicht reichen. Solange einige wenige darüber entscheiden, was produziert wird, welches Bedürfnis befriedigt, welches neu geschaffen und welches vernachlässigt wird, solange wird Arbeit nicht dem Wohle der Gesellschaft dienen. Arbeit zu demokratisieren heißt auch, dass wir entscheiden wollen, für was wir arbeiten und was wir produzieren. Demokratische Strukturen müssen in der Wirtschaft eine zentrale Rolle spielen, die "unsichtbare Hand des Marktes" ist nicht nur undemokratisch, sie löst unsere Krisen nicht, sondern löst sie aus. Unternehmen müssen für die Menschen da sein und sollten dementsprechend auch von ihnen gestaltet werden. Wir fordern als ersten Schritt *mindestens 50 Prozent der Plätze in Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen durch Arbeiter*innen zu besetzen*. Langfristig ist unser Ziel, dass keine Profite mehr auf Kosten der Arbeiter*innen und der Gesellschaft gemacht werden können.

Wir wollen eine Wirtschaft, in welcher soziale, ökologische, demokratische und inklusive Maßstäbe das Handeln der wirtschaftlichen Akteure bestimmen. Ein Schritt um diese Vision zu ermöglichen ist ein politischer Rahmen, der diese fördert. Kein Unternehmen soll sich zwischen guten Löhnen und Umweltschutz entscheiden müssen. Unternehmen die nach diesen Maßstäben handeln, sollten

Vorteile im Bezug auf Steuern und Zölle sowie bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Krediten zugestanden werden, während Unternehmen, welche abweichend dieser Maßstäbe handeln, durch dieses Anreizsystem in eine andere Richtung gelenkt werden sollen.

Unternehmen gehören in die Hände derer, die in ihnen arbeiten.

Wer etwas in unserer Gesellschaft grundlegend verändern will, muss gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilen. Dafür braucht es eine starke Gesellschaft, die solidarisch zusammenhält und einen Staat, der einen massiven Umbau des Steuersystems in Angriff nimmt. Unser Augenmerk muss auf der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums liegen. Neben einer progressiven Vermögenssteuer, sowie einer progressiven Finanztransaktionssteuer ist auch eine Reform der Erbschaftssteuer von Nöten. Wir stehen für eine gestaffelte und deutlich verschärfte Erbschaftssteuer, die auf dem familiären Verhältnis und dem bisherigen Reichtum der Erb*innen basiert. Ab einer Millionen Euro kann eine Erbschaftssteuer von bis zu 100% erhoben werden. Unternehmen oder Unternehmensanteile, die unter diesen Bedingungen nicht vererbt werden können, werden in die Hände der Allgemeinheit oder der Belegschaft übergeben. Damit legen wir den Grundstein für eine wahrhaft soziale Daseinsfürsorge für alle und verhindern die überproportionale Machtausübung durch wenige reiche Individuen.

Es ist ökologisch und ökonomisch gefährlich, dass die Bundesregierung auf der Investitionsbremse steht und am Dogma der schwarzen Null festhält. So wird seit Jahren eine staatliche Daseinsvorsorge verhindert, Schulen, Bibliotheken und Schwimmbäder werden kaputtgespart. Wir setzen uns für ein *Investitionspaket* ein, das die sozial-ökologischen Krisen ernst nimmt und aktiv dagegen ansteuert. Um gut gegen die Wirtschaftskrise gewappnet zu sein, die die Coronakrise mit sich bringt, brauchen wir jetzt Investitionen in unseren *Bahnverkehr*, den *öffentlichen Nahverkehr* und eine *Grundsicherung, die armutsfest ist*. Ebenfalls brauchen wir eine Offensive in der finanziellen Unterstützung der jungen Menschen: *Bafög endlich für alle Studierenden öffnen* und die *Ausbildungsvergütung besonders in Zeiten der Krise zu 100% weiterführen*. Schulen müssen Orte des Lernens für alle sein. *Deshalb müssen sie so ausgestattet werden, dass an ihnen vollkommen unabhängig vom Geldbeutel gelernt werden kann*. Nur so schaffen wir eine wirklich solidarische Gemeinschaft.

Sozialer Umbau und eine Wirtschaft, die Menschen dient, endet nicht an Grenzen. Die Austeritätspolitik besonders im europäischen Süden hat fehlende Gesundheitsinfrastruktur, Jugendarbeitslosigkeit und existentielle Armut mit sich gebracht. Die Folgen können wir während der Coronakrise beobachten, die in Ländern wie Italien und Spanien nicht zufällig besonders hohe Opferzahlen gefordert hat. Damit muss Schluss sein! Ein wirklich demokratisches und soziales System fußt niemals auf dem Leid Anderer.

Deshalb fordern wir eine schnelle und umfassende Abkehr vom Sparkurs der EU.

Den wahren Preis unseres Wirtschaftens auf dem Markt zahlen andere. Umweltverschmutzung und die Zerstörung von Ökosystemen, aber auch schwere Arbeitsrechtsverletzungen und globale Krisen wie die Klimakrise und massenhaftes Artensterben, treffen den globalen Süden am schwersten. Als ersten Schritt gegen die globale Ausbeutung von Mensch und Natur *fordern wir ein konsequentes Lieferkettengesetz für die Europäische Union*. Zudem muss ein politischer Rahmen geschaffen werden, in dem Firmen Verantwortung, beispielsweise für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz, übernehmen müssen. Unser Ziel aber muss eine globale Wirtschaft sein, in der Ausbeutung und Klimazerstörung der Vergangenheit angehören!

Gemeinsam in ein neues Morgen

In den letzten Jahrzehnten war die politische Debatte geprägt von Systemerhalt und Stillstand. Systemkritik wurde und wird teilweise immer noch als Tabu behandelt. Wer dafür einstand, für eine andere Art des Wirtschaftens zu kämpfen, wurde als Antidemokrat*in bezeichnet und an den Verfassungsschutz verwiesen. Die Gleichsetzung von profitmaximierender Wirtschaftsweise und Demokratie dient so schon lange dazu, Debatten rund um die kapitalistische Gesellschaftsordnung und Systemfragen zu verhindern und sorgt dafür, dass der gesellschaftliche Diskurs entpolitisiert wird. Während die Gesellschaft immer liberaler wurde, wurden trotzdem Kämpfe für eine gerechtere Gesellschaft, insbesondere auch im globalen Kontext, eine gleichere Verteilung des Reichtums sowie für bessere Arbeitsverhältnisse in vielen Bereichen immer wieder verloren. Dabei ist es genau das Gegenteil: Es ist nicht demokratisch, dass uns als Gesellschaft ein Zugriff auf die grundlegendsten Bereiche unseres Zusammenlebens verwehrt bleibt: Produktions-, Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse. Doch immer mehr Menschen begehren auf und wollen nicht weiter hinnehmen, dass eine Politik gemacht wird, die den Interessen der Vielen entgegensteht. In den letzten Jahren haben wir erlebt, wie sich breite gesellschaftliche Bündnisse bildeten, die auf der Straße gegen den Status Quo mobilisierten, sei es Fridays for Future, die Seebrücke oder Unteilbar.

Corona hat viele vermeintliche Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt. Wir haben gesehen, wie krisenhaft unsere Gesellschaft ist. Wir haben gesehen, wie die Schwarze Null gefallen ist und wir haben gesehen, dass Politik handlungsfähig sein kann. Schon lange haben wir nicht mehr so grundsätzlich darüber diskutiert, wie wir zusammenleben wollen, wie im letzten Jahr. Als GRÜNE JUGEND glauben wir, dass eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse nicht nur möglich, sondern auch absolut notwendig ist. Deswegen verfolgen wir eine politische Praxis, die sowohl auf konkrete Verbesserung im Hier und Jetzt zielt und gleichzeitig einen Weg in eine Zukunft jenseits des Kapitalismus aufzeigt.

192 Wir erteilen jenen, die versuchen, den Status Quo zum Naturgesetz zu erklären,
193 eine Absage und kämpfen für eine Welt, die sich an den Bedürfnissen der Vielen
194 orientiert, statt an den Profiten Einzelner. Es kommt jetzt darauf an: Um für
195 den Politikwechsel zu kämpfen, braucht es ein neues gesellschaftliches Bündnis
196 und eine Organisation linker und progressiver Kräfte. Der GRÜNEN JUGEND kommt
197 dabei eine wichtige Rolle zu. Als linker und progressiver Richtungsverband
198 arbeiten wir im nächsten Jahr gemeinsam mit vielen anderen Akteur*innen daran,
199 eine Gegenerzählung zu entwickeln. Der Kampf um das gute Leben ist noch lange
200 nicht verloren. Er geht gerade erst los.

A-2-B Armut bekämpfen, Absicherung für alle!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

1 Vor 17 Jahren trat die Agenda 2010 in Kraft und damit auch ein massiver Umbau
2 des Sozialstaats. Das Ziel der Agenda war es, „den Standortfaktor Deutschland zu
3 stärken“ und die sogenannte Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Eindrücklich hat
4 sie gezeigt, dass nicht alles, was für die Wirtschaft gut ist, auch für die
5 Menschen gut ist. Im Zweifel heißt Standortfaktoren zu stärken nämlich, Löhne zu
6 senken und soziale Sicherungssysteme abzubauen.

7 Mit der Lockerung von Arbeiter*innenrechten schaffte man den größten
8 Niedriglohnsektor Europas. Was auf der einen Seite attraktiv für Unternehmen
9 ist, hat auf der anderen Seite Millionen von Menschen Armut gebracht. Fast
10 jede*r vierte Lohnarbeiter*in lebt heute knapp über oder unter der Armutsgrenze.
11 Mit Hartz 4 wurde eine Leistung geschaffen, die nicht zum Ziel hatte, Menschen
12 abzusichern und vor Armut zu schützen. Die Prinzipien von „Fordern und Fördern“
13 haben zum Ziel, Menschen schnellstmöglich zurück in den Arbeitsmarkt zu drängen.
14 Gefördert wird dabei jedoch lediglich der Niedriglohnsektor. Wer wählen muss
15 zwischen einer prekären Beschäftigung und der Aussicht, mit Hartz 4
16 zurückgelassen zu werden, hat keine richtige Wahl. Was dabei verloren geht, ist
17 das Recht auf Selbstbestimmung und die eigene Lebensgestaltung, sowie die
18 Perspektive, diesen Teufelskreis aus eigener Kraft verlassen zu können.

Eine Frage der Demokratie

19
20 Das Zusammenspiel von dem Auflösen sicherer Arbeitsverhältnisse und dem Wissen
21 darum, dass Hartz 4 keine wirkliche Existenzsicherung ist, führt zu einem
22 Verlust von Sicherheit und Vertrauen in Politik, Demokratie und Rechtsstaat und
23 damit auch zu einer gesellschaftlichen Spaltung. An dieser Spaltung versuchen
24 Rechte stetig mit ihren menschenfeindlichen Ideologien anzuknüpfen.

25 Spätestens damit wird das sozial- und arbeitsmarktpolitische „Weiter so!“ zur
26 fahrlässigen Gefährdung für unsere Demokratie. Die aktive Verweigerung von
27

28 konservativer und markoliberaler Politik, Armut in unserer Gesellschaft
29 konsequent zu bekämpfen, kommt der Förderung gesellschaftlicher Spaltung gleich.
30 Soziale Fragen betreffen nicht nur die diejenigen, die unmittelbar von Armut und
31 Ausbeutung betroffen sind, sondern uns alle: An ihnen misst sich, wie krisenfest
32 eine Gesellschaft ist und wie ernst wir das Versprechen auf gleichwertige
33 Lebensverhältnisse und den Anspruch auf ein Leben in Würde meinen. Der Kampf für
34 mehr soziale Gerechtigkeit ist ein Kampf für unsere Demokratie.
35 Gesellschaftliche Spaltung und der ständige Druck, nicht in Armutsverhältnisse
36 abzurutschen, führen zu Konkurrenzkampf, Abgrenzungskämpfen und verhindern
37 Solidarität und Zusammenhalt innerhalb unserer Gesellschaft. Es ist unsere
38 Pflicht als Verteidiger*innen der Demokratie, eine standhafte soziale
39 Absicherung und echte Perspektiven für gesellschaftliche und ökonomische
Teilhabe zu schaffen.

40 Dass es Armut gibt, ist kein Naturgesetz. Sie entspringt einer Gesellschaft, die
41 auf Klassengegensätzen aufbaut. Dass Wenige immer reicher werden können, liegt
42 nicht zuletzt daran, dass es auf der anderen Seite Ausbeutung und Armut gibt.
43 Die Unterschiede zwischen Arm und Reich werden so aktiv aufrecht erhalten. Doch
44 wir sind nicht machtlos gegenüber diesem Ungleichgewicht, gesellschaftliche
45 Verhältnisse sind veränderbar: Gemeinsam kämpfen wir für eine Gesellschaft, in
46 der niemand in Armut leben muss, denn es reicht für uns alle! Wir brauchen eine
47 vollständige Abkehr von der Agenda 2010 und ihrem neoliberalen Geist. Im Fokus
48 unserer Politik stehen die Bedürfnisse der Vielen und nicht die Profitinteressen
49 der Wenigen.

50 **Armut und Ausbeutung bekämpfen, dem Niedriglohnsektor den** 51 **Kampf ansagen!**

52 Schnell denkt man bei Armut nur an Arbeitslosigkeit. Jedoch leben viele Menschen
53 in Armut, weil sie im Niedriglohnsektor feststecken. Unsere viel zu niedrigen
54 Mindestlöhne, Werkverträge, Leiharbeit und jahrelange Fehlentwicklungen im
55 Niedriglohnsektor zwingen schon jetzt Menschen, die arbeiten gehen, mit Hartz 4
56 aufzustocken.

57 Besonders die Berufsgruppen, die wir in der Coronakrise als
58 gesellschaftsrelevant erlebt haben, wie Pflege, Supermarktmitarbeiter*innen,
59 Putzkräfte und Menschen in der Ernte, im Schlachtbetrieb oder in der Baubranche
60 werden in den Niedriglohnsektor gezwungen und bekommen weniger Lohn als ihnen -
61 gemessen am gesellschaftlichen Wert ihrer Arbeit - zusteht. Unter der Prämisse
62 der Finanzkrise 2008 rechtfertigen Politiker*innen und Arbeitgeber*innen immer
63 noch prekäre und befristete Arbeitsverhältnisse, verdienen sich damit eine
64 goldene Nase oder rühmen sich mit einer niedrigen Arbeitslosenquote. Doch diese
65 Zahlen sind keine wirklichen Indikatoren für Wohlstand oder Gerechtigkeit - die
66 Folgen der Krise werden weiterhin auf den Schultern der Ärmsten abgeladen. Damit
67 muss Schluss sein. Wir sagen dem ausbeuterischen Niedriglohnsektor den Kampf an

und fordern:

- Einen armutsfesten Mindestlohn, der mindestens bei 15 Euro liegt und ausnahmslos in jedem Alter und jedem Beschäftigungsverhältnis gilt, ausdrücklich auch in Werkstätten für behinderte Menschen

- Die Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen

- Die Umwandlung aller Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse

- Ein Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen

- Ein Verbot sachgrundloser Befristung von Arbeitsverträgen

Absicherung für alle: Ein Sicherheitsnetz, das niemanden zurücklässt!

Wenn Menschen arbeitslos werden, braucht es ein Sicherheitsnetz, das sie auffängt. Eine Grundsicherung ist ein Grundrecht und darf kein Instrument sein, um Menschen wieder auf den Arbeitsmarkt zu zwingen. Hartz 4 ist dazu nicht in der Lage, deswegen müssen wir es überwinden. Wir brauchen eine Grundsicherung, die niemanden zurücklässt und Menschen auffängt, sie effektiv vor Armut schützt und ihnen ein Leben in Würde und ohne Stigma und somit den Zugang zu gesellschaftlicher, demokratischer und wirtschaftlicher Teilhabe ermöglicht. Zur Finanzierung braucht es eine höhere Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften. Als Eckpfeiler fordern wir:

- Ein Ende der Sanktionierung: Sanktionen sind ein Mittel, um Menschen in Lohnarbeit zu zwingen, die nicht selten schlecht bezahlt, befristet oder fern von den Interessen der jeweiligen Person liegen. Niemand darf zur Arbeit gezwungen werden. Das Existenzminimum ist bedingungslos zu gewährleisten, denn alles andere ist menschenunwürdig.

- Eine armutsfeste Höhe: Hartz 4 ist künstlich kleingerechnet und liegt mindestens 200 Euro unter dem tatsächlichen Existenzminimum. Dadurch verwehrt man Menschen Sicherheit und die Möglichkeit für Teilhabe an der Gesellschaft. Wir fordern eine Grundsicherung in Höhe von mindestens 1100 Euro. Mitinbegriffen sind sowohl das Existenzminimum als auch die Kosten der Unterkunft. Die individuelle Lebenssituation muss es dabei weiter möglich machen, Mehrbedarfe zu beantragen.

- Eine automatische Auszahlung: Die Grundsicherung soll automatisch an alle ausgezahlt werden, die in keinem Lohnarbeitsverhältnis sind. Niemand in Lohnarbeit sollte mit der Grundsicherung noch aufstocken müssen, um über die Armuts Grenze zu kommen. Solange es noch keinen armutsfesten Mindestlohn gibt, sorgt die Grundsicherung dafür, dass niemand unterhalb der Armuts Grenze leben muss. So machen wir Schluss mit verdeckter Armut. Als Mittel zur Automatisierung kann sich eine Eingliederung ins Steuersystem eignen.

Kinder haben ein Recht und einen eigenständigen Anspruch auf die Sicherung ihres Existenzminimums. Wir fordern:

- Eine Kindergrundsicherung: Aktuell wird Familien in Hartz 4 das Kindergeld angerechnet, während wohlhabende Familien sogar einen höheren Betrag als das Kindergeld durch Steuerfreibeträge erhalten. Das ist nicht gerecht! Wir wollen das Kindergeld durch die Kindergrundsicherung ablösen. Sie stellt sicher, dass die Familien, die es am meisten benötigen, die meiste finanzielle Unterstützung erhalten. Alle Familien bekommen den selben Grundbetrag von mindestens 300 Euro, der das jetzige Kindergeld ersetzt. Dazu kommt ein Zusatzbetrag, der mit dem Einkommen der Eltern abschmilzt.

Eine gute Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Gleichzeitig wird eine schlechte Gesundheitsversorgung schnell zur Armutsfalle, deswegen fordern wir:

- Eine Bürger*innenversicherung: Unser Gesundheitssystem ist in zwei Klassen unterteilt: Privat- und gesetzliche Krankenkassen. Um endlich aus diesem ungerechten System auszusteigen, fordern wir eine Bürger*innenversicherung für alle. Sie garantiert, dass niemand bei der Terminvergabe aufgrund des höheren Einkommens bevorzugt wird und sichert allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel gleichberechtigt die notwendige Gesundheitsversorgung zu.

Der Kampf gegen soziale Spaltung ist nur zu gewinnen, wenn wir uns zusammenschließen. Als GRÜNE JUGEND reihen wir uns in die Kämpfe der Arbeiter*innen ein und machen klar: Eine Gesellschaft ohne Armut ist möglich!

A-3-B Soziale Grundrechte, jetzt!

Gremium:	Mitgliederversammlung
Beschlussdatum:	31.10.2020
Tagesordnungspunkt:	A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

1 Ob das Recht auf Wohnen, Mobilität oder Gesundheit: Soziale Grundrechte sind ein
2 Grundpfeiler einer solidarischen Gesellschaft. Ein Dach über dem Kopf, die
3 Möglichkeit, den Ort zu wechseln, und ein Zugang zu Gesundheitssystemen, der
4 nicht an irgendwelche Voraussetzungen gebunden ist, sind grundlegend für ein
5 funktionierendes soziales Netz. Gerade in den letzten Monaten haben wir jedoch
6 so offensichtlich wie selten spüren müssen, dass sie längst keine
7 Selbstverständlichkeit sind.

8 Es wurde deutlich, wer in der Krise zuerst ausgeschlossen wird: Obdachlose,
9 Asylsuchende, Menschen ohne oder mit geringem Einkommen, Familien mit kleinen
10 Kindern auf viel zu engem Raum - all diese Menschen werden häufig übersehen, und
11 schlimmer noch, bewusst übergangen, wenn es darum geht, ihre unmittelbaren
12 Bedürfnisse nach einem würdevollen Leben zu erfüllen. Während einige die
13 Quarantäne gemütlich im Eigenheim mit großem Garten verbringen konnten, mussten
14 andere weiter auf der Straße leben oder zusammengepfercht in Flüchtlingslagern,
15 bestenfalls in Deutschland, schlimmstenfalls auf einer griechischen Insel in
16 einem Lager wie Moria. Dass soziale Grundrechte bisher im Grundgesetz keine
17 Rolle spielen, und vielmehr noch eingeschränkt werden wie beim Asylrecht, ist
18 kein Zufall. Soziale Grundrechte gelten als "nicht bezahlbar", als "linke
19 Spinnerei". Doch die Unverletzbarkeit der Würde des Menschen wird zur Floskel,
20 wenn mit ihr nicht einmal der Anspruch auf ein Dach über dem Kopf einhergeht!

21 Wenn Menschen Patient*innen zweiter Klasse werden, wenn lebenswichtige
22 medizinische Maßnahmen an Nationalität und Gesundheitszustand geknüpft werden,
23 dann muss klar werden: Gesundheitsversorgung muss endlich von Profitmaximierung
24 getrennt werden. Jede Person verdient nicht nur im akuten Notfall die
25 bestmögliche Behandlung und Versorgung. Die Corona-Pandemie hat noch deutlicher
26 gezeigt, was für eine wichtige Rolle Psychische Gesundheit spielt und wie groß
27 der Handlungsbedarf ist - wir brauchen jetzt Lösungen zur Beseitigung des
28 Therapiemangels, damit alle, die Hilfe brauchen, sie niedrigschwellig bekommen
29 können.

Die Pandemie hat uns auch einmal mehr deutlich gemacht, dass Bildung stark abhängig ist vom Geldbeutel der Eltern. Das ist nicht gerecht! Schüler*innen und Lehrende dürfen nicht hinter Fußballspielen zurückgestellt werden und Bildung nicht länger als nice-to-have verkauft werden. Inklusive und für alle Kinder und Jugendliche zugängliche Bildung ist Grundrecht und Grundvoraussetzung für eine gleichberechtigte Gesellschaft. Und zu dieser gleichberechtigten Gesellschaft gehört auch, dass alle an ihr teilnehmen können: Dafür braucht es Vorrang für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen und öffentliche Nahverkehrsmittel, die uns nicht nur zuverlässig, eng getaktet und modern überall hin bringen - sondern die vor allem auch kostenfrei sind: Mobilität für alle!

Wer systematisch von diesen grundlegenden Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenseins ausgeschlossen wird, wird damit behandelt wie ein Mensch zweiter Klasse. Da reicht es nicht, wenn das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass es Hartz 4-Kürzungen nur noch um 30% geben darf. Da reicht es nicht, wenn Politiker*innen medienwirksam Tafelessen verteilen, sondern da müssen Garantien her, damit nicht ein einziger Mensch überhaupt auf Tafeln angewiesen ist. Da müssen soziale Grundrechte her, die einklagbar sind und auf die man sich jederzeit berufen kann!

Wir sehen, dass der Markt die Bedürfnisse der Menschen nach ausreichend Wohnraum, Bewegungsfreiheit oder bedingungsloser Gesundheitsversorgung nicht befriedigen kann, weil diese Bedürfnisse eben keine zahlungskräftige Nachfrage sind. Wir sehen auch, dass die ständige konkrete Bedrohung, in Armut abzurutschen, die Gesellschaft spaltet und in letzter Konsequenz immer denen nützt, die eh schon viel haben.

Soziale Grundrechte sind wesentlich, um aktiv an der Gesellschaft teilhaben zu können und auch die anderen "klassischen" Grundrechte ausüben zu können. Ohne das Recht auf Bildung ist demokratische Mitbestimmung nicht vollumfänglich möglich. Ohne einen festen Wohnsitz und ohne ausreichende Mobilität sind die Freiheitsversprechen der liberalen Gesellschaft nicht einzulösen. Ohne soziale Grundrechte verpuffen andere Grundrechte als abstraktes Versprechen. Deshalb müssen wir grundlegende Bereiche des gesellschaftlichen Lebens dem Markt entziehen, Privatisierungen stoppen und in die Gemeinschaft zurückführen.

Dafür braucht es:

- Echte Teilhabe für alle: Soziale Grundrechte ins Grundgesetz!
- Wohnraum dem Markt entziehen: Ausbau des kommunalen Wohnungsbaus, Mietendeckel und Förderung des genossenschaftlichen Bauens. Keine Gewinne mit unseren Grundrechten!

- Mobilität für alle: ÖPNV massiv ausbauen und für alle zur Verfügung stellen, Radschnellwege, autofreie Innenstädte und ein attraktives Fernzugnetz machen Schluss mit dem Autowahnsinn. Her mit der Verkehrswende!
- Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern gestalten: Dazu muss endlich in Schule und Fördermaßnahmen für alle Schüler*innen und Lehrenden investiert werden.
- Gesundheitsversorgung raus aus dem Profitzwang! Unsere Gesundheit ist keine Ware. Die beste Versorgung muss für jede Person, unabhängig von Alter, finanzieller Lage oder körperlicher Verfassung kostenlos gewährleistet sein und solidarisch finanziert werden.
- Solidarische Finanzierung dieser Maßnahmen durch die, die ohnehin mehr als genug haben. In einem Land mit knapp 1,5 Millionen Millionär*innen sollte niemand auf der Straße leben müssen: Radikale Umverteilung des Vermögens durch angemessene Besteuerung von Reichen.

Wir streiten dafür, dass soziale Grundrechte konkret einlösbare Ansprüche werden. Drehen wir den Spieß um und fordern ein, was uns viel zu lange verwehrt wurde: Her mit sozialen Grundrechten für alle!

A-5-B Freiheit sichern: Gegen den autoritären Umbau!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

1 Mit diesem Beschluss bekräftigen wir unsere beschlossenen Forderungen vom 52.
2 Bundeskongress im Antrag „Das muss eine Demokratie aushalten können“ und machen
3 diese zur Grundlage unserer Forderungen für das grüne Bundestagswahlprogramm.

4 Deutschland hat ein kontinuierliches Naziproblem, das gerade in den
5 Sicherheitsbehörden unübersehbar zutage tritt, sich dabei über die Jahrzehnte
6 aber nur in immer neuen Facetten zeigt. Ob Angriffe auf Geflüchtete, Anschläge
7 auf linke Politiker*innen und Aktivist*innen oder Hetzkampagnen gegen Frauen im
8 Internet: Rechte versuchen seit Jahrzehnten, durch Angst, Terror und gezielte
9 Diskursverschiebung ihre Vorstellungen einer homogenen Gesellschaft in die Tat
10 umzusetzen. Seit der AfD gelingt es ihnen, das lauter und auf größeren Bühnen zu
11 sagen, als viele aus der vermeintlichen „Mitte der Gesellschaft“ in einem
12 Deutschland nach 1945 noch für denkbar gehalten haben. Während People of Color
13 und – besonders ostdeutsche – Antifaschist*innen seit Jahren davor warnen,
14 während Recherchenetzwerke immer wieder Waffenlager und geheime
15 Kampfsporttrainings für den „Tag X“ aufdecken, schauen die, die uns Sicherheit
16 versprochen haben, systematisch weg. Polizei, Verfassungsschutz,
17 Innenministerien: Es scheint, als wüssten sie von diesem Problem nichts. Dass
18 sie das sehr wohl tun, ist uns nicht erst seit der Selbstenttarnung des NSU und
19 den begleitenden Untersuchungsausschüssen schmerzlich bewusst. Doch die Behörden
20 zeigen wenig Interesse daran, rechte Netzwerke oder rassistische Strukturen
21 aufzudecken, geschweige denn dagegen vorzugehen.

22 Die Gründe dahinter sind vielfältig: Eine der, dabei viel zu oft außer Acht
23 gelassenen, Ursachen liegt im Zusammenhang von Kapitalismus und Rassismus. Der
24 neoliberale Leistungs- und Konkurrenzgedanke ist eng verbunden mit offen rechter
25 Ideologie. Extreme ökonomische Ungleichheit wird im Neoliberalismus als normal
26 oder sogar als gerecht dargestellt. Der Schritt zu einer Befürwortung von
27 Ungleichheit zwischen Menschen ist dann nicht mehr weit: Rassismus und Sexismus
28 sind Ideologien, die bestehende Ungleichheiten rechtfertigen und als natürlich
29 darstellen wollen.

Die antifaschistische Gegenposition der Forderung nach Gleichheit, Gerechtigkeit und ein Leben in Würde widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung, wie auch der offenen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Es führt zu der Behauptung, dass man sich gegen andere durchsetzen müsse, um das eigene Glück zu mehren. Angewandt auf scheinbar homogene Gruppen wie Nationen oder Ethnien, bedeutet dieses Prinzip den Kampf gegeneinander – was an sich schon rechts ist; noch konsequenter angewandt bedeutet das den puren, rechtsextremen Sozialdarwinismus. Dieser Zusammenhang ist einer der Gründe, die in den letzten Jahren zu einer Politik der „Versicherheitlichung“ geführt haben: Immer öfter ist die Antwort auf gesellschaftliche Probleme eine autoritäre, die von Repression und Gewalt geprägt ist. Dabei wird dem Streben nach vermeintlicher Sicherheit mehr und mehr untergeordnet. Sich gegen den autoritären Umbau der Gesellschaft zu stellen, heißt daher auch, zu hinterfragen, was eigentlich Sicherheit ist und was als Sicherheitsproblem wahrgenommen wird.

Neben dem neoliberalen Leistungs- und Konkurrenzdenken und der tief verwurzelten rassistischen Abgrenzung von anderen, sind es im besonderen auch rechte Kontinuitäten in deutschen Sicherheitsapparaten, die das Problem befeuern, statt es zu bekämpfen. Dass Rechte sich besonders bei der Polizei oder dem Verfassungsschutz wohlfühlen, ist dabei kein Zufall. Schon an der Gründung der heute bestehenden Sicherheitsbehörden nach 1945 waren diverse Nazigrößen und SS-Kader fest eingebunden und beteiligt. Es war der Normalfall, dass Nazis auch nach den NS-Verbrechen munter weiter Karriere machen konnten - insbesondere in Behörden.

Rassistische Kontinuitäten in der Polizei

Mit diesem Hintergrund verwundern die zahllosen Fälle von Polizeigewalt gegen People of Color und Linke ebenso wenig, wie die schwer zu überblickende Zahl an rechten Chatgruppen, die gerade bundesweit auffliegen. Es geht dabei keineswegs um Einzelfälle und das Fehlverhalten einzelner Polizist*innen: Die Strukturen der Polizei begünstigen rassistisches und autoritäres Verhalten. Das muss sich ändern, und zwar grundlegend: Der Einsatz staatlicher Gewalt muss eng kontrolliert werden, Fehlverhalten muss zu spürbaren Konsequenzen führen und Racial Profiling und anderen Diskriminierungen die Grundlage entzogen werden. Dafür braucht es unabhängige Ermittlungsstellen mit umfassenden Ermittlungskompetenzen, Polizeibeauftragte bei den Parlamenten und eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht für alle Einheiten. Ebenfalls muss die immer weiter fortschreitende materielle Aufrüstung der Polizei enden. Wir brauchen keine weitere Militarisierung der Polizei! Betroffene von Racial Profiling sollen übermäßige Kontrollen durch Einführung eines verpflichtenden Ticket-Systems nachweisen können. Außerdem braucht es eine völlig neue Aus- und Weiterbildung, die sich an diskriminierungsfreiem Handeln, Kommunikation,

73 Deeskalation und Konfliktprävention orientiert und regelmäßige verpflichtende
74 Schulungen im Bereich Antirassismus beinhaltet.

74 Doch so dringend eine Reform der Polizei auch geboten ist: Auch die beste
75 Polizei kann gesellschaftliche Probleme nicht lösen, sondern allenfalls deren
76 Symptome bekämpfen. Der beste Polizeieinsatz ist deshalb einer, der gar nicht
77 erst nötig wird. Wer genug zum Leben hat, fängt seltener an, Geldbeutel zu
78 stehlen; wer bei Bedarf psychologische Begleitung bekommt, wird selten zur
79 Gefahr und wer Asylstatus genießt, muss nicht brutal abgeschoben werden. Und
80 natürlich braucht es zum Schutz der Betroffenen eine verantwortungsvolle und
81 staatlich kontrollierte Abgabe von Drogen, statt den längst verlorenen Kampf
82 dagegen mit immer absurderen Repressionen verzweifelt weiterzukämpfen.

83 **Verfassungsschutz: Teil des Problems**

84 Nur zu deutlich sieht man die beschriebenen Probleme am Verfassungsschutz. Die
85 zahlreichen Skandale, die rechten Netzwerke, in die der Verfassungsschutz selbst
86 eingebunden war oder diese mindestens gedeckt hat, sind dabei Kontinuitäten, die
87 nicht nur in der Vergangenheit liegen. Der Verfassungsschutz versagt damit nicht
88 nur, er stellt eine aktive Gefahr da, wie beispielsweise am NSU-Komplex
89 besonders deutlich wurde: Wenn der Verfassungsschutz nichts vom NSU wusste, dann
90 ist er unnütz. Aber wenn er davon wusste, dann ist er gefährlich. Doch selbst
91 die wenigen Reförmchen, die als Konsequenz aus dem NSU-Komplex gezogen wurden,
92 werden in vielen Bundesländern wieder Stück für Stück zurück gedreht.

93 Die Untauglichkeit des Verfassungsschutzes zeigt sich nicht zuletzt an der
94 vielfach widerlegten Hufeisentheorie, die weiterhin eisern die Grundlage
95 geheimdienstlichen Handelns darstellt: Statt Rassismus und menschenfeindliche
96 Ideologien entschlossen zu bekämpfen, wird linker Aktivismus mit diesen
97 gleichgesetzt und damit kriminalisiert. Eine solche ideologisch geprägte
98 Arbeitsweise entbehrt jeglicher wissenschaftlicher Grundlage und verharmlost die
99 Gefahr durch rechte Gewalt massiv. Zudem scheitert das Prinzip der
100 Gewaltenteilung strukturell an dem Versuch, die Aktivitäten des
101 Verfassungsschutzes angemessen parlamentarisch zu kontrollieren.

102 Eine unkontrollierbare Behörde, die ihren erklärten Zielen entgegen arbeitet,
103 verliert ihre Daseinsberechtigung. Alle Versuche, den Verfassungsschutz zu
104 reformieren, sind gescheitert. An einer Auflösung der Verfassungsschutzämter
105 führt daher kein Weg vorbei. Anstelle dessen braucht es eine transparent und
106 wissenschaftlich arbeitende Dokumentationsstelle und eine massiv gestärkte
107 Zivilgesellschaft, die selbst dazu in der Lage ist, sich gegen
108 menschenfeindliche Ideologien zu stellen. Vieles von dem, was wir heute über
109 rechte Strukturen wissen, wissen wir nicht vom Geheimdienst, sondern von
110 antifaschistischen Recherchegruppen – allen Widerständen zum Trotz. Statt
111 Antifaschismus zu kriminalisieren, muss zivilgesellschaftliches Engagement gegen

112 Nazis unterstützt und gefördert werden.

113 **Autoritarismus und Asylpolitik**

114 Die autoritäre Bekämpfung von Symptomen gesellschaftlicher Missstände zeigt sich
115 auch in der zunehmend menschenfeindlichen Asylpolitik Deutschlands und der
116 europäischen Union. Europas Regierungen schotten sich zunehmend ab und verfolgen
117 die, die sich für die Rettung der Menschenrechte engagieren:
118 Seenotrettungsschiffe werden festgesetzt, NGOs, die illegale Pushbacks an den
119 Außengrenzen dokumentieren, werden verfolgt und der Zugang zu den
120 menschenunwürdigen Massenlagern wird mehr und mehr eingeschränkt. Die Schande
121 von Moria ist dabei nur der vorläufige Höhepunkt einer menschenverachtenden
122 Entwicklung, an der sich auch die Bundesregierung eifrig beteiligt: Statt
123 geltendes Recht anzuwenden und denen, die nicht zuletzt unter unserer
124 Wirtschaftsweise und den Folgen von Umweltzerstörung fliehen müssen, ein
125 menschenwürdige Unterkunft zu ermöglichen, werden immer neue Vorwände gefunden,
126 um Geflüchtete abzuwerten, sie in Elendslagern an den Außengrenzen wegzusperren
127 oder sie im Mittelmeer ertrinken zu lassen. Die unaufhörlich steigende Zahl an
128 Menschen auf der Flucht ist das vielleicht sichtbarste Symptom der globalen
129 Ungleichheit. Wenn wir unsere Menschenrechte aufgeben, um diesen Menschen nicht
130 helfen zu müssen, dann verlieren wir alles.

131 Stattdessen braucht es eine sofortige Evakuierung und Schließung aller Lager und
132 eine solidarische Geflüchtetenpolitik, die Fliehenden neue Perspektiven schafft.
133 Es braucht ein neues und klimagerechtes Wirtschaftssystem, das die Krisen
134 unserer Zeit löst, statt sie weiter zu verschärfen und die Leidtragenden dieser
135 Krisen zu bekämpfen. Der herrschenden Politik der Angst, Überwachung,
136 Abschottung und Härte stellen wir eine radikal emanzipatorische Gesellschaft
137 entgegen, die die menschliche Würde und Freiheit in den Mittelpunkt stellt.

B-1-B Wir brechen auf – Bundestagswahl 2021

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: B Wir brechen auf – Bundestagswahl 2021

Antragstext

1 Zur Bundestagswahl 2021 stehen wir an einem Scheideweg. Der Konflikt darüber,
2 welcher Weg uns aus den Krisen leitet, ist so präsent wie nie. Wirtschaftliche
3 Einbußen, die Angst vor dem sozialen Abstieg, stetige Unsicherheiten: Die Folgen
4 der Pandemie haben materielle Konsequenzen für uns alle. Die Pandemie hat uns
5 als Gesellschaft vor zusätzliche Herausforderungen gestellt: das Arbeiten von zu
6 Hause, das rein private Kümern um Kinder, der eingeschränkte Kontakt zu
7 Freund*innen und Familie. Die Bedrohungen, die die Corona-Pandemie und die
8 Klimakrise mit sich bringen, ruft in vielen Menschen ein Bedürfnis nach
9 Sicherheit hervor. Wir stehen vor der Gefahr der Entsolidarisierung. Es wird
10 sich nach einem „Vor der Krise“ gesehnt, das angeblich besser war und
11 vermeintliche Sicherheit gegeben hat. Gleichzeitig zeigt sich in der Folge der
12 Krise immer deutlicher, wie tief antisemitisches Verschwörungsdenken in Teilen
13 der Gesellschaft verankert ist. Gemeinsam mit Impfgegner*innen und
14 Esoteriker*innen hat die extreme Rechte in den Anti-Corona-Maßnahmen einen neuen
15 Anlass für ihren permanenten Angriff auf die Demokratie gefunden, mit dem sie
16 neue Zielgruppen erreicht. Währenddessen versuchen Konservative und neoliberale
17 Kräfte, am Status Quo festzuhalten und schnellstmöglich dorthin zurückzukehren,
18 um Stabilität zu schaffen. Die Gesellschaft hatte schon vor der Corona-Krise
19 viele Risse: Die Leistungsgesellschaft hat Menschen in unterschiedliche
20 Wertschubladen gesteckt, abhängig davon, wie viel wir laut kapitalistischer
21 Wertlogik leisten. In dieser Welt bleiben viele Menschen zurück, sie werden auf
22 dem ungerechten Arbeitsmarkt ausgebeutet und trotzdem bleibt nicht genug für ein
23 gutes und gesundes Leben. Viele Staaten, die vor ähnlichen Problemen stehen,
24 haben in den letzten Jahren Autokrat*innen und Nationalist*innen an die Spitze
25 gewählt. Das hat die Missstände jedoch nur verschärft.

26 Es gibt aber auch einen Weg aus all diesen Krisen: Wenn wir es schaffen, als
27 Gesellschaft gemeinsam und solidarisch dieses System voller Risse hinter uns zu
28 lassen, dann schaffen wir eine Gesellschaft der Veränderung. Wer Sicherheit
29 schaffen will, muss die soziale Spaltung der Gesellschaft bekämpfen und für eine
30 wirklich gerechte Gesellschaft streiten. Der Weg in eine bessere Zukunft ist nur
31 über radikale Veränderung möglich. Im nächsten Jahr wollen wir dafür ein
32 begeisterndes Narrativ schaffen und Menschen für diese radikale Veränderung

33 mobilisieren. Wir möchten gemeinsam mit vielen Menschen zeigen, dass eine
34 bessere Gesellschaft möglich ist und möglichst viele junge Menschen für unsere
35 Ziele und die GRÜNE JUGEND gewinnen. Deshalb werden wir die Bundestagswahl im
36 nächsten Jahr in den Fokus unserer politischen Arbeit stellen und ausgehend von
37 bestehenden politischen Kämpfen eine Vision für eine Gesellschaft entwickeln,
38 für die es sich zu streiten lohnt.

39 Wir gehen in diese Wahl mit einer veränderten Rolle. Wir sind in den letzten
40 Jahren nicht nur rasant gewachsen, sondern haben uns auch als Verband
41 weiterentwickelt und sind so schlagkräftig wie noch nie! Aus der veränderten
42 Ausgangslage ergeben sich viele Potenziale. Deswegen haben wir einen klaren
43 Anspruch an die Wahl: Es braucht progressive Mehrheiten im Parlament und für
44 einen Regierungswechsel. Dazu wollen wir unseren Teil beitragen. Wir wollen den
45 nächsten Wahlkampf nutzen, um uns dem Zurückfallen in den Status Quo
46 entgegenzustellen. Das sich öffnende Debattenfenster ist eine Chance, um den
47 Diskurs für konkrete Antworten auf systemische Krisen zu öffnen und Menschen für
48 die Vision einer gerechten Gesellschaft zu begeistern.

49 **Kämpfen für das bessere Morgen**

50 Eine Regierung, die Antworten auf die drängenden Fragen dieser Zeit gibt und den
51 Status Quo überwindet, ist mit CDU und CSU nicht möglich. Ganz im Gegenteil: Die
52 Union ist der Inbegriff des zerstörerischen und unsozialen „Weiter so“. Sie ist
53 mitverantwortlich für viele der aktuellen Probleme: Armut, soziale Ungleichheit,
54 der viel zu späte Kohleausstieg, Diskriminierung von Frauen und queeren
55 Menschen, Rassismus in staatlichen Strukturen und Abschottung gegen Migration.
56 Das Ziel ist deshalb klar: progressive Mehrheiten schaffen und die Union in die
57 Opposition schicken, um die Krisen unserer Zeit endlich anzugehen! Immer mehr
58 Menschen setzen ihre Hoffnungen in uns und unseren Veränderungswillen, und
59 dieses Vertrauen wollen wir nicht enttäuschen: Lasst uns im kommenden Jahr alles
60 tun, um die Dauerregierung der Konservativen nach 16 langen Jahren endlich zu
61 beenden: klare Kante gegen schwarz-grün.

62 Vor uns liegt eine große Aufgabe, denn die Chancen waren noch nie so groß,
63 Veränderung ins Parlament, aber auch darüber hinaus in die Gesellschaft zu
64 bringen. Ein starker inhaltlicher Fokus kann uns ermöglichen, unsere Visionen in
65 die breite Öffentlichkeit zu bringen und klar nach außen unsere Forderungen zu
66 kommunizieren.

67 Die großen Fragen unserer Zeit und des nächsten Jahres drehen sich rund um
68 Gerechtigkeit: Ist es gerecht, dass in so einem wohlhabenden Land so viele
69 Menschen arm sind? Ist es gerecht, dass RWE, VW und andere undemokratisch
70 unseren Planeten verheizen? Ist es gerecht, dass queere Menschen, People of
71 Colour und Menschen mit Behinderungen, psychischen Krankheiten oder chronischen
72 Krankheiten auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt und in der Gesellschaft

strukturell diskriminiert werden? Ist es gerecht, dass Hartz IV Kinder in Armut aufwachsen lässt? Nein, und genau diese Problemfelder wollen wir mit unserer Kampagne anpacken!

Wir wollen einen Weg aufzeigen, der nicht versucht, weiterhin verzweifelt diese Risse irgendwie zu flicken und das Gestern zu reparieren, sondern ein besseres Morgen entstehen lässt. Wir lassen uns nicht mehr gegeneinander ausspielen! Der wirklich Widerspruch ist nicht Klima und Gerechtigkeit, es ist nicht jung und alt, sondern oben und unten. Es ist der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen der Vielen und den Profiten der Wenigen. Wir wollen hier anknüpfen und mit unserer Kampagne ein Gegennarrativ schaffen, was uns ermöglicht, Teil einer starken Bewegung zu sein, die vereint für Gerechtigkeit kämpft. Mit unserer Kampagne wollen wir anhand konkreter Politikfelder unsere Vision für eine gerechte Gesellschaft auf die Straße tragen. Die Vision einer gerechten Welt in den Mittelpunkt unserer Kampagne zu stellen, ermöglicht uns, die Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Problemen zu adressieren. So sind wir anschlussfähig für unterschiedlichste progressive Bewegungen und begeistern viele unterschiedliche Menschen, gemeinsam mit uns zu kämpfen – im nächsten Jahr, kommt es auf jede*n von uns an!

Gerechtigkeit ist Arbeitskampf

Immer mehr Menschen arbeiten unter prekären Bedingungen, knapp an der Armutsgrenze oder darunter, was vor allem den Profit der Unternehmen dient. Das wollen wir nicht länger hinnehmen! Deswegen wollen wir in unserer Kampagne über Arbeitskämpfe sprechen. Wir sagen dem 12-Stunden-Tag, den untragbaren Arbeitsbedingungen in der Pflege und den prekären Arbeitsbedingungen, unter denen insbesondere migrantische Menschen arbeiten, den Kampf an! Wir wollen für bessere Löhne und kürzere Arbeitstage streiten, um echte politische Veränderungen zu erwirken!

Gerechtigkeit ist Umverteilung

Wenn wir über Armut reden, müssen wir auch über Reichtum sprechen. Wir lassen nicht zu, dass die Krise auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen wird, während Milliardär*innen als Gewinner*innen aus der Krise gehen. Wer etwas in unserer Gesellschaft grundlegend verändern will, muss gesellschaftlichen Reichtum neu verteilen und an die geben, die zu wenig haben. Deswegen kämpfen wir mit unserer Kampagne für einen massiven Umbau des Steuersystems. Unser Augenmerk muss auf der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums liegen.

Bye neoliberales Deutschland, bye Hartz IV

Wir kämpfen für eine staatliche Daseinsvorsorge für alle! Wir setzen uns mit

diesem Themenschwerpunkt dafür ein, dass die Bedürfnisbefriedigung vieler nicht mehr davon abhängt, was und wie viel sie leisten und wie viel Profit andere aus ihrer Arbeit herausholen können. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein in der demokratisch darüber entschieden wird, wie wir miteinander leben wollen, in der Freiräume für alle nicht mehr von dem abhängen, was sie dafür ausgeben können und ein Dach über dem Kopf eine Selbstverständlichkeit ist. Für uns ist Wohnraum, Gesundheit und Bildung keine Ware, sondern ein Grundrecht! Parallel dazu positionieren wir uns mit der Forderung einer sanktionsfreien Grundsicherung gegen Hartz IV und eine durch Jahrzehnte des Neoliberalismus geprägte Arbeits- und Sozialpolitik. Hier können wir an bestehende Kritik anknüpfen und unsere Vision einer echten sozialen Sicherung laut machen: Wir kämpfen für ein Leben in Freiheit und Würde für Alle – bedingungslos.

Mobilitätswende ist Klimagerechtigkeit

Als Grüne Jugend wollen wir auch im Klimabereich weiter vorangehen und die 1,5-Grad-Grenze zur Basis allen politischen Handelns machen. Über den Kampf um die Energiewende hinaus setzen wir uns für ein konsequentes Umdenken im Bereich Mobilität ein. Als Thema an dem soziale und ökologische Konfliktlinien zusammenlaufen und in dem sich auch die aktuellen Debatten um Raumverteilung gut abbilden lassen, ist die Verkehrswende aktueller denn je. Hier sind – im Gegensatz zu anderen Sektoren – die Emissionen in den letzten Jahren kein bisschen gesunken. Zugleich gewinnt das Thema auf allen Ebenen immer mehr an Relevanz. Wir zeigen gemeinsam, wie Mobilität aussehen kann: flexibel, zuverlässig, kostenlos und emissionsfrei. Niemand sollte an's Auto gebunden sein, weil die Buslinie keine Profite erzeugt! Gemeinsam mit der Klimagerechtigkeitsbewegung sagen wir der Autolobby den Kampf an! Wir sind da, wenn es heißt: #DanniBleibt! Hier wird unsere antikapitalistische Haltung klar kommuniziert: Mobilität ist ein Grundrecht und der Bereich sollte dem Markt entzogen werden.

Gerechtigkeit? Nur ohne das Patriarchat!

Die Rechte von Frauen und LGBTIQ* sind unter Beschuss und das besonders in Zeiten der Corona-Krise. Der Wunsch zurück in alte Zeiten geht immer einher mit Angriffen auf die Rechte von Frauen und queeren Menschen – und das weltweit. Unser Kampf für Gerechtigkeit ist feministisch! Wir kämpfen für gleiche Löhne für Alle und Zeit für die gerechte Verteilung von Care-Arbeit durch radikale Arbeitszeitverkürzungen. Wir stehen gemeinsam gegen die Diskriminierung von Frauen und queeren Menschen – ob am Arbeitsplatz oder im Gesundheitssystem. Eine starke öffentliche Daseinsfürsorge schafft neue Perspektiven: einen sicheren Zugang zu reproduktiven Rechten, Beratungsangebote oder eine flächendeckende Kinderbetreuung. Statt durch die Corona-Krise auf hart Erträgliches zu verzichten stellen wir die Perspektiven von jungen Frauen und queeren Menschen in den Mittelpunkt.

Gerechtigkeit für alle - Wir lassen uns nicht spalten!

Während Rechte und Konservative mit Hass und Hetze die Gesellschaft weiter spalten, kämpfen wir für solidarische Lösungen. Aus dieser Krise kommen wir nur gemeinsam! Gegen die Angst vor dem was kommen kann und die Ohnmacht setzen wir ein klares Zeichen. Wir grenzen uns nicht untereinander ab, handeln verantwortungsbewusst und kämpfen für eine bessere Zukunft – weltweit!

Demokratie stärken, Freiheit verteidigen!

Unsere Grundrechte und unsere Demokratie befinden sich unter Dauerbeschuss und die Innenpolitik in Deutschland ist von Freiheitseinschränkungen geprägt. Gleichzeitig wird in immer schnellerer Taktfolge das Ausmaß extrem rechter Netzwerke innerhalb und außerhalb der Sicherheitsbehörden bekannt und im Parlament sitzt eine rechtsextreme Partei. Wir werden dagegenhalten und staatlichem Handeln klare Grenzen setzen – rassistische und neonazistische Strukturen und Taten müssen wirksam verfolgt, nicht reformierbare Behörden aufgelöst und, wo nötig, durch neue Institutionen ersetzt werden. Dazu braucht es auch ein breit angelegtes Demokratiefördergesetz. Nur mit einem Kampf gegen den Rassismus der sogenannten Mitte lässt sich rechter Terror langfristig stoppen. Damit stärken wir unsere Demokratie und schaffen echte Sicherheit für alle Menschen in Deutschland. Wir machen uns weiter stark für die seit Jahrzehnten überfällige Cannabislegalisierung. Unsere Freiheit lassen wir uns nicht nehmen! Weder von rechten Sicherheitsbehörden, die gezielt linke Politik kriminalisieren, noch von repressiven Gesetzen, die längst der Vergangenheit angehören sollten.

Bündnisarbeit für Gerechtigkeit

Die starken Bewegungen wie Fridays for Future, Black Lives Matter, das Feministische Streik Bündnis, Gewerkschaften und dessen Streiks, die Seebrücke und #UnTeilbar haben in der Vergangenheit gezeigt, dass wir die Bewegung und Großdemonstrationen brauchen, um Veränderung auf der Straße aufzubauen und ins Parlament zu tragen. Die GRÜNE JUGEND spielt eine Schlüsselrolle in der Verbindung von Bewegungen und Partei. Wir kämpfen auf der Straße und in Parlamenten für echte Veränderung und eine gerechte Gesellschaft. Für diese Demonstrationen und Aktionen werden wir uns mit großen Mobilisierungsaktionen und Paketen vorbereiten, um so bei den vielfältigen Protesten sichtbar als Verband auftreten zu können. Und auch nach den Demos setzen wir uns mit verschiedenen Formaten für antifaschistische Freiräume in der Stadt und soziale Teilhabe ein. Denn der Konsum von Drogen, Orte für Subkultur und eine antirassistische Politik im öffentlichen Raum braucht es auch, wenn die Großdemos vorbei sind.

Und so packen wir es an

Mit unserer #JUGENDÄNDERTEUROPA-Kampagne zur Europawahl 2019 haben wir gezeigt, was wir als GRÜNE JUGEND erreichen können, wenn wir gemeinsam alles geben. Tausend Aktivist*innen waren für unsere Inhalte auf der Straße, viele Menschen kamen neu dazu und in der Öffentlichkeit waren wir als ein Verband mit klaren Forderungen sichtbar. An diese Erfolge wollen wir anknüpfen und gleichzeitig vorhandene Potentiale weiter ausbauen. Unser nie dagewesener Mitgliederzuwachs bietet uns hierfür umfassende Möglichkeiten, insbesondere auch neue Aktivist*innen einzubinden. Mit dem Feminist Fight Club haben wir in vergangenen Kampagnen bewiesen, dass Veranstaltungsformate Schwerpunkte gut in die Städte und an die Menschen bringen können und wir dadurch auch neue Menschen für unseren Kampf gewinnen. Auch zur Bundestagswahl machen wir eigene Veranstaltungsformate niedrigschwellig und attraktiv für junge Menschen und Interessierte.

Deshalb setzen wir wieder auf eine eigenständige und dezentrale Kampagne mit gemeinsamen und fokussierten Forderungen und Inhalten. Wir wollen den Menschen, die in den letzten Monaten zu uns gestoßen sind, die Möglichkeit geben, sich einzubringen und politische Praxis zu erfahren, und gleichzeitig noch mehr Menschen politisieren. Wer zur GRÜNEN JUGEND dazu kommt ist ab dem ersten Moment ein aktiver Teil des Verbands: Bei uns wird Politik selbst gemacht!

Dabei kommt den Ortsgruppen eine zentrale Rolle zu, denn sie sind die erste politische Anlaufstelle und der Ort, an dem sich der größte Teil des Verbandes organisiert. Gleichzeitig wollen wir einen Fokus auf die stärkere Zusammenarbeit der Ebenen legen. Unsere bundesweite Kampagne bildet eine Grundlage, die wir gemeinsam mit den Landesvorständen und Ortsgruppen auf lokale und landesverbandsspezifische Bedürfnisse anpassen und auf drängende Fragen vor Ort herunterbrechen werden. Wir sind dann am stärksten, wenn wir auf allen Ebenen schlagkräftig aufgestellt sind – und mit einer Stimme sprechen!

Von großer Bedeutung ist dabei auch die Verknüpfung mit den vielen Landtags- und Kommunalwahlen, die im nächsten Jahr stattfinden. Jede dieser Wahlen hat ihre eigene Bedeutung, die wir ernst nehmen wollen. Unser Ziel ist es dabei, dass wir uns als Aktivist*innen gegenseitig unterstützen. Der fantastische Wahlkampf der Grünen Jugend Hamburg hat gezeigt, was wir bewegen können, wenn wir auch aus anderen Ortsgruppen und Bundesländern beim Wahlkampf vor Ort aktiv sind. Außerdem können wir so auf die Bundestagswahl vorbereiten. Gemeinsam sind wir stärker! Dies gilt besonders für die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie die Neuwahl in Thüringen und der Kommunalwahl in Hessen. Wir wollen zudem dazu beitragen, dass die Grünen bei all diesen Wahlen als progressive und linke Kraft, mit dem klaren Ziel der politischen Veränderung, auftreten. Besonders wichtig ist für uns zudem die Verknüpfung mit den (fast) zeitgleich zur Bundestagswahl

stattfindenden Kommunalwahl in Niedersachsen und Berlin, wo zudem parallel das Abgeordnetenhaus gewählt wird. Wie bei allen Wahlen im nächsten Jahr gilt es hier besonders die Wahlkampfthemen der Bundestagswahl auch auf Landes- und Kommunalthemen runterzubringen. Denn beispielsweise die Verkehrswende lässt sich nur gestalten, wenn auch die Kommunen Rad, Bus und Bahn fördern, statt weiter neue Straßen zu bauen und das Land bei Nahverkehrsplänen mitzieht.

Doch unser Anspruch geht darüber hinaus progressive Mehrheiten jenseits der Union bei Wahlen zu erringen. Für den notwendigen tiefgreifenden Wandel, müssen wir gesellschaftliche Mehrheiten schaffen. Das kriegen wir nicht alleine hin. Deshalb suchen wir im Rahmen unserer Kampagne den Schulterschluss mit Bewegungen und Partnern wie Fridays for Future, den Gewerkschaften, Seebrücke, #unteilbar oder Ende Gelände. Unsere Bündnisarbeit, wie unsere ganze Kampagne, wird im nächsten Jahr von der Corona-Krise geprägt sein. Zum aktuellen Zeitpunkt kann niemand abschätzen, wie sich das Infektionsgeschehen im nächsten Jahr entwickeln wird und was das für unsere Planung bedeutet. Klar ist für uns aber, dass wir jederzeit verantwortungsvoll den Gesundheitsschutz gewährleisten werden. Insgesamt werden wir flexibel und unterschiedlich, je nach lokalem Infektionsgeschehen, auf die Lage reagieren müssen. Ansprechende und gut organisierte Online-Events werden daher im anstehenden Bundestagswahlkampf einen bisher nicht dagewesenen Stellenwert einnehmen. Durch die gute digitale Arbeit der Ortsgruppen und diversen Online-Kongresse in diesem Jahr konnten wir aber schon zeigen, was hier alles möglich ist!

Los geht's

Der Bundesvorstand wird beauftragt ein Wahlkampfteam für die Bundestagswahl 2021 einzurichten. Es erarbeitet auf Grundlage dieses Antrags eine bundesweite Kampagne. 6 Plätze im Wahlkampfteam werden – analog zum Verfahren des Einrichtens von Arbeitsbereichen – mitgliederöffentlich ausgeschrieben. Der Bundesvorstand entsendet fünf Mitglieder, darunter die beiden Sprecher*innen und die politische Geschäftsführerin, in das Wahlkampfteam. In Absprache mit den Landesvorständen koordiniert das Wahlkampfteam die Durchführung der Kampagne. Im Rahmen der weiteren Ausgestaltung beschäftigt sich das Wahlkampfteam darüber hinaus mit der Personalisierung einzelner Themenschwerpunkte oder Geschichten. Dazu wird eine enge Zusammenarbeit mit den Votenträger*innen der Länder aufgebaut.

Bei der Kampagne zur Bundestagswahl kommt es auf uns alle an! Lasst uns im nächsten Jahr zeigen, dass wir mit mutigen Lösungen gemeinsam aufbrechen wollen – der Kampf für eine gerechte Zukunft hat grade erst begonnen!

F-1-B Haushalt 2021 Variante A

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2020
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

Antragstext

- 1 Eine neue Version des Haushalts liegt in der Wolke bereit unter dem Titel "2021
- 2 Haushalt mit Änderungen".
- 3 https://wolke.netzbegruenung.de/apps/files/?dir=/2_GRÜNE%20JUGEND/54.%20Bundesko-
- 4 [ngress/Haushalt&fileid=29023546#pdfviewer](https://wolke.netzbegruenung.de/apps/files/?dir=/2_GRÜNE%20JUGEND/54.%20Bundesko-)

P-1-B Aus der Krise zu neuen Ufern!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2020
Tagesordnungspunkt: P Arbeitsprogramm

Antragstext

1 Wir sehen wie unter einer Lupe die Krisenhaftigkeit des Systems. Die
2 Gesundheitssysteme vieler Länder versagten angesichts der Krise und des
3 Spardiktats der letzten Jahre. Wir erlebten den Widerspruch zwischen Applaus auf
4 dem Balkon und den fortwährend niedrigen Löhnen und erbarmungslosen
5 Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen. An den europäischen Außengrenzen
6 leiden Menschen unter den schlimmsten Lebensbedingungen, während die EU tatenlos
7 zuschaut. Millionen Familien wussten nicht, wie sie die Zeit der Pandemie auf
8 viel zu engem Raum überstehen sollten. All diese Probleme sind nicht neu, wir
9 sehen sie nur deutlicher. Zu oft wurde bei vergangenen Krisen versucht, schnell
10 die Risse in diesem System zu kitten, anstatt die Ursachen anzugehen, die sie
11 hervorbringen. Sie liegen in der kapitalistischen Logik, dem Patriarchat und
12 einer Leistungsgesellschaft, die immer weitere Bereiche umfasst. Wir müssen als
13 Verband, aber auch als gesellschaftliche Linke an einem Strang ziehen. Wir
14 dürfen uns nicht durch neoliberale Ideologie vereinzeln lassen, sondern sagen
15 ihr den Kampf an! Die Hoffnungen auf ein großartiges Ergebnis bei der
16 Bundestagswahl sind groß. Doch für uns als Grüne Jugend ist klar: Sie kann nur
17 ein Schritt hin zu einer gerechteren und freieren Gesellschaft sein, aber wir
18 können sie nutzen, um unseren Anspruch an eine neue Gesellschaftsordnung
19 aufzuzeigen. Wir sehen, dass wir aufbrechen müssen in ein neues Morgen.

Bildungsarbeit

21 Nur wenn wir verstehen, auf welchen Grundlagen unser Zusammenleben fußt, nur
22 wenn wir begreifen, was hinter der Klimakrise, der gesellschaftlichen
23 Ungleichheit und der Ausbeutung steht, nur dann können wir wirksame
24 Gegenstrategien ergreifen. Gerade im Jahr der Bundestagswahl ist es deshalb
25 wichtig, im Rahmen der Bildungsarbeit unser Verständnis der Verhältnisse zu
26 vertiefen und aus diesem Verständnis heraus eine wirklich solidarische Gegenwart
27 zu erschaffen. Wie das Infektionsgeschehen nächstes Jahr aussehen wird, wissen
28 wir nicht. Deswegen planen wir alle Veranstaltungen sowohl online, als auch als
29 dezentrale Veranstaltung mit der Möglichkeit, zumindest auf Ortsgruppenebene
30 zusammen zu kommen und Debattenräume sowohl mit vielen anderen bundesweit

digital, als auch mit anderen Aktivist*innen vor Ort zu führen. Sofern es in einem verantwortbaren Rahmen möglich ist, wollen wir uns natürlich bei Präsenzveranstaltungen begeben.

Frühjahrskongress

Wenige Monate vor der Bundestagswahl wollen wir uns beim Frühjahrskongress inhaltlich auf die Schwerpunkte der Kampagne zur Bundestagswahl vorbereiten und darüber diskutieren, welche Bedeutung Konzepte der Gerechtigkeit für unsere Vision einer besseren Welt haben. Welche Probleme stehen einer gerechten Welt im Weg? Wie entstehen soziale Ungerechtigkeiten? Wie verankern wir das Konzept der Gerechtigkeit in allen Politikfeldern? Welche Rolle spielt Gerechtigkeit im globalen Kontext? Welche Bedeutung hat die gerechte Verteilung von Wohlstand für uns? Damit untrennbar verbunden sind für uns Fragen der Daseinsvorsorge. Ob Gesundheit, Wohnen oder Bildung, existenzielle Bestandteile des Lebens hängen gerade vom Geldbeutel des*der Einzelnen ab. Wie wir davon wegkommen und welche Beispiele uns die Geschichte linker Kämpfe und Erfolge aus anderen Ländern geben können, das betrachten wir beim Frühjahrskongress! Dabei werden wir uns auch der Frage widmen, wie Daseinsfürsorge und Klimaschutz Hand in Hand gehen können, beispielsweise bei der Frage von Mobilität für alle.! Dezentrale Angebote und flexible Teilnahmemöglichkeiten sollen dabei helfen möglichst viele Menschen im Verband zu erreichen und die Teilnahme möglichst niedrigschwellig zu gestalten.

Sommerakademie

In der Krise zeigt sich deutlich die immer größer werdenden Schere zwischen arm und reich und mit ihr die Klassenfrage. Doch welche Bedeutung haben diese Unterschiede, wenn wir für einen Politikwechsel kämpfen? Welche Konsequenzen bringen sie für die Veränderung in verschiedenen Politikfeldern mit sich? Wie können wir ihre Aufhebung zum Leitbild unseres politischen Handelns für den Kampf um progressive Mehrheiten machen? Im Vorfeld der Bundestagswahl wollen wir uns bei der Sommerakademie auch die Zeit nehmen, Fragen der gesellschaftlichen Organisation zu stellen. Linke Bewegungen wie die um linke Demokrat*innen in den USA sind moderne Vorbilder dafür, dass auch heute das Berufen auf eine gemeinsame gesellschaftliche Klasse für das Erringen politischer Erfolge eine entscheidende Rolle einnehmen kann. Wie das gelingt, darüber lernen wir gemeinsam bei der Sommerakademie!

Weitere Bildungsformate

2021 wird als Jahr stark geprägt sein von der Bundestagswahl. Nichtsdestotrotz wollen wir uns auch im Rahmen von Seminaren wichtigen aktuellen Themen widmen und weiterhin aktuelle politische Entwicklungen als Verband einordnen. Online-Veranstaltungen ermöglichen uns, mit unseren Angeboten besonders flexibel auf aktuelle Entwicklungen einzugehen. Wir wollen in einer Online-Reihe einen

kritischen und analytischen Blick auf die Auswirkungen der Krisen und das politische Weltgeschehen werfen. Im nächsten Jahr wollen wir insbesondere unsere Zielgruppenansprache verbessern und in diesem Rahmen Multiplikator*innen besonders gut erreichen. Doch wir wollen nicht nur digitale Möglichkeiten nutzen, um in der Bildungsarbeit zusammen zu kommen. Mit inhaltlichen Wanderseminaren bringen wir die Schwerpunkte der Bildungsarbeit direkt zu dir in die Ortsgruppe! Neben den inhaltlichen Fundamenten der Bundestagswahlkampagne wollen wir über die Bildungsarbeit auch neue Anstöße in den Verband tragen. Dazu soll im nächsten Jahr die tiefere Auseinandersetzung mit antirassistischer Politik, sowie einer zukunftsfähigen Industriepolitik gehören.

Methodische Ausbildung

Gerade in einem wachsenden Verband machen uns gut geschulte Multiplikator*innen und Trainer*innen stark. Sie können sowohl Verbandsstrategien als auch inhaltliche Debatten weiter tragen und durch eigene Moderations- und Schulungsangebote das nötige Handwerkzeug in die Breite des Verbands vermitteln. Darauf soll im nächsten Jahr unser Fokus in der methodischen Aus- und Weiterbildung liegen. Mit den im "Train the Trainers"-Programm geschulten Trainer*innen haben wir dafür eine starke Grundlage. Diese wollen wir weiter ausbauen und vergrößern. Insbesondere im Rahmen der Bundestagswahlkampagne wollen wir auch die Ortsgruppen methodisch fit für die kommenden Monate machen. Wie funktioniert gute Vorstandsarbeit? Wie stellen wir uns in unserer wachsenden Ortsgruppe (neu) auf? Mit welchen Instrumenten gestalten wir eine Verbandskultur, die uns nachhaltig stark macht? Mit passend zugeschnittenen Moderationen und Trainings wollen wir dabei auf allen Ebenen unterstützen.

Mitgliedermagazin

Das Mitgliedermagazin über:morgen ist letztes Jahr zum ersten Mal als Printmagazin erschienen. Wir wollen an den Erfolg des ersten Magazins anknüpfen und nächstes Jahr nach Möglichkeit zwei Magazine herausgeben. Inhaltlich soll das Magazin an laufende Debatten im Verband anknüpfen, sie aber auch weiterdenken und vertiefen und so noch stärker in der Bildungsarbeit der Grünen Jugend eingebunden sein. Das erste Magazin 2020 soll sich mit diesen Fragen beschäftigen: Wie schaffen wir es, Menschen für eine gerechte Gesellschaft zu begeistern? Wie können wir den Begriff Gerechtigkeit mit Leben füllen und Kämpfe um Gerechtigkeit miteinander verbinden? Was können wir diesbezüglich von anderen linken Projekten lernen?

Wissensmanagement und Digitalisierung

Unser Wissensmanagement wurde durch die Wolke als eigene Plattform erheblich erleichtert. Wir wollen diese digitale Möglichkeit noch besser nutzen und Videos, aber auch andere Materialien mehr Menschen im Verband zur Verfügung

stellen, um das Wissensmanagement zu verbessern. Die beim Frühjahrskongress erprobte Praxis, online Vorträge teilweise aufzuzeichnen und über die Wolke vielen zur Verfügung zu stellen, soll fortgesetzt werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Im nächsten Jahr werden wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit insbesondere unsere Themen für die Wahl bedienen und gemeinsam mit Kandidat*innen, die diese Themen vertreten, Geschichten erzählen. Dabei ist unser Ziel, Menschen auch abseits unserer üblichen Zielgruppen anzusprechen und dazu zu begeistern, mitzumachen. Dafür wollen wir verstärkt neue Formate nutzen und insbesondere im Videobereich noch besser werden und unsere Inhalte auf allen Kanälen interaktiver gestalten. Plattformen wie Tik Tok bieten uns die Möglichkeit, unsere Inhalte auch an Menschen zu bringen, die sie ansonsten nicht sehen würden. Dieses Potential wollen wir nutzen! Die im letzten Jahr begonnene Teamstruktur wollen wir dafür weiter ausbauen und professionalisieren.

Verbandsarbeit

Länderrat

Das Jahr 2020 war das erste, in dem der Länderrat als zweithöchstes beschlussfassendes Gremium tagte. Wir wissen jetzt noch besser, wie wir ihn zur strategischen Ausrichtung des Verbandes nutzen können. Im Jahr 2021 kann er uns eine große Stütze sein, wenn es darum geht, im Jahr zusammenzukommen und Entscheidungen zu treffen, beispielsweise wenn es um schnelle Strategiefindung in Wahlkampfzeiten geht. Durch den Länderrat können wir auch MultiplikatorInnen im Verband zusammenbringen und Inhalte debattieren, die uns dabei helfen, schlagkräftig auf gesellschaftliche Veränderung zu reagieren.

Austausch zwischen den Ebenen

Landesvorstände nehmen im Bundestagswahljahr eine große Rolle für die Weiterentwicklung der Grünen Jugend ein. Sie werden einerseits gemeinsam mit dem Wahlkampfteam im Wahlkampf die gemeinsam beschlossenen Kampagneninhalte weitertragen, Kandidat*innen und Aktive vor Ort koordinieren und andererseits aber auch den Verband über die konkrete Wahlkampfphase hinaus stützen. Auf diese Rolle werden wir uns im Rahmen der Treffen des Bundesvorstands mit den Landesvorständen gemeinsam vorbereiten. Neben diesen Treffen wollen wir aber noch stärker auf den aufgabenbezogenen Austausch setzen. So gab es letztes Jahr verstärkt Vernetzung zwischen den Sprecher*innen, den Geschäftsführer*innen und den Schatzmeister*innen. Wir haben gesehen, dass im Vorfeld schwieriger politischer Auseinandersetzungen und wichtiger Projekte im Verband diese Vernetzungs- und Austauschrunden für alle gewinnbringend waren. Diesen Weg

wollen wir deshalb weiter nutzen und vertiefen.

Um den Verband über den Wahlkampf heraus zu stärken, brauchen wir Menschen, die bereit dafür sind, Verantwortung vor Ort zu übernehmen. Konkrete Aktionen vor Ort können uns zusätzlichen Anschub geben, der langfristig anhält und auf niedrigschwellige Art und Weise Aktivist*innen vor Ort an Engagement in der Grünen Jugend heranführt. So können wir auch im Wahlkampf neu dazugekommenen eine Anlaufstelle bieten. Verantwortungsträger*innen vor Ort wollen wir ausbilden und zusammenbringen. Die Ortsgruppen sind dabei der Dreh- und Angelpunkt der Aktivitäten sowohl im Wahlkampf, als auch darüber hinaus. Im nächsten Jahr wollen wir sie durch Trainings und im Rahmen der Kampagnenarbeit gezielt dabei unterstützen, die Wahlkampfzeit zu ihren Vorteilen zu nutzen und mit dem Schwung der Wahlkampfzeit ihre spezifischen Herausforderungen anzugehen. Die Fachforen sind ein Debattenraum, an dem Menschen zusammenkommen, die sich über ein bestimmtes Thema austauschen wollen. In ihnen steckt großes inhaltliches Fachwissen, das im Austausch mit anderen Ebenen noch besser genutzt werden kann.

Strukturförderung

2021 steht eine Neuordnung der Strukturförderung an, deren erste Schritte bereits getan sind. Wir wollen neue Wege gehen, um effizienter dort zu unterstützen, wo Hilfe benötigt wird. Ziel dabei ist es immer, nicht nur einzelne Projekte zu finanzieren, sondern strategisch die Frage anzugehen, wo Hilfe zur Selbstorganisation benötigt wird und diese dann auch zur Verfügung zu stellen. Ein Schwerpunkt dabei soll sein, Verantwortliche auf Landes- und Ortsgruppenebene stärker dabei zu unterstützen, eigenständig Projekte auf die Beine zu stellen mit Hilfe von Handreichungen und methodischen Trainings. Durch eine verbesserte Weitergabe von Wissen kann über eine Generation von Aktiven hinaus kontinuierliche Arbeit auch in strukturschwächeren Gebieten vorbereitet werden. Austausch zwischen Aktiven der verschiedenen Ebenen in der Kombination mit best-practices und methodischer Unterstützung wird der Grünen Jugend dabei helfen, dort starke Strukturen aufzubauen, wo sie bisher noch nicht so gut aufgestellt sind. Das aktuelle Mitgliederwachstum wollen wir nutzen und die neu dazugekommenen Mitglieder gleich mit dem nötigen Handwerkszeug ausstatten. So schaffen wir auch in strukturschwachen Gebieten eine breite Basis, die Verantwortung für die Weiterentwicklung des Verbands übernehmen kann. Dafür ist inhaltliche Weiterbildung ein wichtiger Teil. Sinnvolle politische Aktionen, die direkt dort ansetzen, wo es Ungerechtigkeit und Probleme im System gibt, Missstände aufzeigen und trotzdem zu neuen Lösungen einladen, müssen mehr sein als bloße Symptombekämpfung, sondern verbunden sein mit grundlegender Kritik. Durch die Verbindung von inhaltlicher Bildung und methodischem Training wollen wir diesen Weg gehen und neue Formate für Ortsgruppen im Verband etablieren. Zudem wollen wir das neu veröffentlichte Ortsgruppen-Handbuch allen Aktiven bereitstellen, sodass es möglich ist schnell und einfach an grundlegende Informationen rund um die Arbeit in einer Ortsgruppe zu kommen. Als Instrument

soll es in die Ortsgruppenförderung miteinbezogen werden

Schnelle Fluktuation in Ämtern hat gerade in strukturschwächeren Gebieten dem Aufbau einer starken Organisation geschadet. Dem wollen wir entgegenwirken, indem wir Verantwortung auf mehr Schultern verteilen und mehr Menschen darin ausbilden, für die Grüne Jugend längerfristig aktiv zu sein und über die nächsten Wahlkampfmonate hinaus zu planen. Durch gezielte Maßnahmen der Frauenförderung wollen wir verhindern, dass gerade Frauen sich schnell aus akuter Überlastung heraus aus der Grünen Jugend zurückziehen. Es reicht aber nicht aus, nur Frauen auszubilden. Um Arbeitsweisen zu professionalisieren und Belastung auf mehr Schultern zu verteilen, wollen wir Landesverbände aktiv darin unterstützen, Strukturen zu schaffen, die eine effektive politische Arbeit ermöglichen, eine klare Rollenaufteilung zu finden und Teamstrukturen zu etablieren. Durch Struktur- und Strategieworkshops mit den einzelnen Landesvorständen kann individuell auf die spezifische Situation vor Ort eingegangen werden, Probleme frühzeitig erkannt und Lösungsstrategien gemeinsam erarbeitet werden.

Finanzen

Politische Arbeit kostet Geld. Als wachsender Verband müssen wir dafür stabile Lösungen finden, wenn wir schlagkräftig für gesellschaftliche Veränderung kämpfen wollen. Durch Verhandlungen mit den Grünen rund um die Zeit nach der Bundestagswahl wollen wir an den steigenden finanziellen Ressourcen beteiligt werden. Wir werden deshalb weiter in Verhandlungen gehen, um mehr finanzielle Unterstützung zu erhalten. Darüber hinaus wollen wir unsere eigenen Einnahmen erhöhen: Zur Bundestagswahl wollen wir deutlich mehr Spenden und Pat*innen für die Grüne Jugend werben. Im Austausch mit Landesvorständen wollen wir dabei auch Potentiale auf kommunaler Ebene in den Blick nehmen. Gemeinsam mit dem Ring politischer Jugend werden wir uns beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weiterhin dafür einsetzen, dass die Fördermittel für Jugendarbeit in den nächsten Jahren nicht sinken - auch nicht in krisengeschwächten Bundeshaushalten. Weiterhin werden wir uns für eine Anpassung des Verteilungsschlüssels nach der Bundestagswahl einsetzen um mit ausreichend öffentlichen Fördermitteln ausgestattet zu sein. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung wollen wir auch die Finanzierung der Gremien der Grünen Jugend weiter in den Blick nehmen. Es gilt langfristig zu planen, ohne sich die notwendige Flexibilität zu nehmen. Dafür bleiben wir insbesondere mit dem Bundesfinanzausschuss im Austausch. 2021 wollen wir das Genderbudgeting als Instrument der Analyse von Machtstrukturen im Haushalt – und somit auch im Verband – weiterführen und ausbauen. Wir wollen die Ergebnisse des Genderbudgetings im Bundesfinanzausschuss und anderen Gremien diskutieren, um daraus Maßnahmen für den Verband abzuleiten, die wir dann gemeinsam angehen! Landesverbände wollen wir darin unterstützen, eigene Genderbudgetings durchzuführen und auszuwerten.

Frauen-, Inter- und Trans- Förderung

Wir wollen an die Arbeit des Teams für Frauenförderung und Geschlechterstrategie weiterführen und an sie anknüpfen und Gelerntes breiter in den Verband tragen und auf allen Ebenen gemeinsam umsetzen. Dabei kann Frauenförderung nicht losgelöst von Strukturförderung betrachtet werden. Gerade dort, wo viel Fluktuation und Unsicherheit in der eigenen Rolle im Verband herrscht, haben Frauen es schwer, sich einzubringen. Deshalb soll ein Fokus unserer Frauenförderung sein, dort hinzugehen, wo Frauen oft resigniert ihre politische Arbeit in der Grünen Jugend niederlegen. Ein Baustein dafür sollen Schulungen für Orts- und Landesvorstände sein, die die Geschlechterstrategie weiter in den Verband tragen und konkrete Anleitungen dafür geben, wie die Einbindung von Frauen sowie Menschen die inter oder trans sind, gut gelingen kann. Von dieser Strukturförderung können wir alle profitieren und unser Wissen miteinander teilen. Uns ist wichtig, dass die Grünen Jugend ein Verband ist, an dem alle an politischer Bildungsarbeit teilhaben und nicht aus Theoriearbeit und Diskussionsrunden ausgeschlossen werden. Darum wollen wir im nächsten Jahr vermehrt Theorieseminare für Frauen im Rahmen des Frühjahrs- und Bundeskongresses anbieten, damit noch mehr Aktivist*innen teilnehmen und gemeinsam lernen können.

Gerade für Frauen in Verantwortungspositionen ist der Austausch mit anderen gewinnbringend. Deshalb wird die Vernetzung der Frauen in Vorständen insbesondere den Sprecherinnen weiter intensiviert. Wir führen einen gemeinsamen Kampf gegen das Patriarchat. Jedoch erfahren Frauen, inter und trans Personen unterschiedliche Hindernisse die es zu überwinden gilt und welche individuelle Förderstrukturen notwendig machen.

Personen, die inter oder trans sind, haben in ihrem politischen Engagement oft mit ganz praktischen Hürden zu kämpfen. Diese Hürden gilt es zu analysieren und zu überwinden. Aus diesen Gründen wollen wir im nächsten Jahr noch gezielter Austausch- und Vernetzungsangebote für Personen, die inter- oder trans sind schaffen. Diese Angebote sollen uns das Jahr über unter anderem bei größeren Veranstaltungen im Verband begleiten. So sollen Empowermentstrukturen und ein strukturelles Unterstützer*innennetz geschaffen werden. Veranstaltungen vor Ort müssen so ausgestaltet werden, dass alle gerne an ihnen teilnehmen. Der Austausch zwischen den Verantwortlichen für Frauen, Inter- und Transförderung in den Ländern soll weitergeführt werden und auch hier Wissensteilung intensiviert werden.

Antirassistische Strategien

Anfang des Jahres haben wir mit der Arbeit im Arbeitsbereich Antirassistische Strategien begonnen. Das Ziel ist, Strategien zu entwickeln, die uns helfen als Verband besser darin zu werden, die Ansprache an People of Colour zu verbessern,

so dass die Grüne Jugend ein Ort wird, der attraktiv für ein politisches Engagement ist.

Das zweite Ziel ist Voraussetzungen zu schaffen, durch die mehr People of Colour dann auch nachhaltig auf den verschiedenen Ebenen in unseren Verband eingebunden werden. Denn für uns ist klar: wenn wir unseren Anspruch Gesellschaft zu verändern in die Tat umsetzen wollen, wollen wir viele unterschiedliche Menschen davon begeistern, Teil dieses Kampfes zu sein! Die geleistete Arbeit des Arbeitsbereichs Antirassistische Strategien im letzten Jahr wollen wir ausbauen und fortsetzen.

Wir wollen uns angucken, wie wir die Ergebnisse der Evaluation im Verband in bestehende Projekte einfließen lassen und Maßnahmen testen, wie wir die Grüne Jugend weiter so gestalten können, dass alle in ihr einen Ort für politisches Engagement sehen und sich gerne beteiligen. Dazu gehört beispielsweise die direkte Kombination von gemeinsam lernen und aktiv sein durch einen direkt mit Bildungsangeboten verknüpften Aktionstag. Dieser Aktionstag soll an aktuelle Debatten im Jahr anknüpfen, Antirassismus als politisches Thema bespielen und mit Inhalt füllen. Das hilft uns sowohl in unserer Positionierung und Wirkung nach außen als auch der Wissensbildung nach innen und schafft eine Kombination von Theorie und Praxis. Innerhalb des Verbands wollen wir Formate der Vernetzung und des Empowerments von People of Colour erproben.

Inklusion umsetzen

Vor 11 Jahren wurde die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ratifiziert. Diese schreibt Inklusion als Menschenrecht fest. Inklusion meint dabei ausdrücklich die gleichberechtigte, selbstbestimmte, uneingeschränkte Partizipation aller Menschen an der Gesellschaft. Trotzdem scheint Inklusion in die Gesellschaft momentan vorrangig davon abzuhängen, ob dies ohne großen Aufwand möglich und für den Rest der Gesellschaft zumutbar ist. Wir wollen, dass Menschen in der Grünen Jugend unabhängig von ihrer Behinderung an politischen Prozessen teilhaben können. Deswegen werden wir insbesondere in Hinblick auf den Wahlkampf, in Zusammenarbeit mit Menschen mit Behinderung mögliche Barrieren in den Blick nehmen und im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten beseitigen.

Mitgliederwerbung

Im Vorfeld der Bundestagswahl wollen wir genau in den Blick nehmen, wie wir gerade Mitglieder werben und durch gezielte Maßnahmen der Mitgliederwerbung neue Zielgruppen erreichen. Soziale Themen, die im Verband besonders präsent sein werden, können dafür einen guten Aufhänger bieten.

Wahlkampf

Gemeinsam mit so vielen starken Kandidat*innen wie nie zuvor gehen wir in ein entscheidendes Jahr. Doch Wahlkampf bedeutet für uns mehr als Stimmen und Parlamentssitze erobern: Unsere Kampagne soll viele Menschen hinter uns und unseren Zielen vereinen - und zugleich die Debatte vorantreiben und Druck machen für grundlegende Veränderungen. Wir wollen mit der Verbindung von sozialen und ökologischen Fragen neue Zielgruppen erreichen und so viele Menschen wie möglich zusammenbringen. Schon in den vergangenen Wahlkämpfen ist unser Verband stark gewachsen und dabei zugleich enger zusammengewachsen - daran können wir anknüpfen! Mit der Wahlkampagne 2021 wollen wir nun noch mehr Aktivist*innen der Grünen Jugend einbinden und ihnen ermöglichen, selbst Verantwortung im Verband zu übernehmen. Diese Aufgabe geht über die Wahlkampfzeit hinaus! Diejenigen, die schon jetzt in Verantwortungspositionen stehen, wollen wir systematisch unterstützen: Beispielsweise mit methodischen Fortbildungen, spezifischer Frauenförderung und engem Austausch für unsere Kandidat*innen. Und natürlich werden wir auch bei den Formaten neue Wege gehen müssen, um auf das Infektionsgeschehen während der Pandemie zu achten und Aktiven und Interessierten direkt vor Ort aktiv einzubinden.

Doch zum Glück sind wir nicht allein: Wir haben starke Partner*innen, und im engen Schulterschluss mit anderen linken Jugendorganisationen und Bewegungen kämpfen wir für progressive Mehrheiten! Ob wir diese bei der Bundestagswahl erreichen, liegt auch an uns und unserer Schlagkraft. Doch egal, welche Optionen am Ende stehen: Wir werden mögliche Koalitionsverhandlungen mit klar festgelegten roten Linien begleiten. Grundlage davon sind insbesondere die Beschlüsse des 54. Bundeskongresses der Grünen Jugend. Wir werden diese roten Linien im Vorfeld der Wahl mit dem Länderrat und anderen wichtigen Akteur*innen im Verband, wie den Spitzenkandidat*innen der Länder debattieren und konkretisieren, um auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können.

Internationales

Coronabedingt müssen wir alle internationalen Reisen ohne eine feste Terminierung planen und uns flexibel an die Gegebenheiten anpassen. Wir wollen weiterhin eine Kopenhagen-Fahrt für junge Kommunalpolitiker*innen umsetzen, die wir bereits 2020 in Zusammenarbeit mit dem Europaabgeordneten Reinhard Bütikofer und dem Büro von Jamila Schäfer vorbereitet haben. Geplant ist, gemeinsam die Fahrradinfrastruktur, Klimakonzepte und Energiekonzepte anzusehen, uns auszutauschen und Inspiration für unsere eigene Kommunalarbeit in den Gemeinderäten zu finden. Hierfür stehen wir eng im Kontakt mit unseren Partner*innen aus der Socialistisk Folkeparti und ihrer Jugendorganisation Socialistisk Folkeparti Ungdom. Aufgrund der aktuellen Situation wird ein erster Teil dieses Austauschs zunächst in Form einer virtuellen Veranstaltung stattfinden.

Auch der internationale außereuropäische Austausch mit Israel steht weiterhin

auf unserer internationalen Agenda. Geplant ist ein persönlicher Austausch mit unseren Partner*innen aus der Organisation Young Meretz zum Thema Lebensrealitäten in Israel und Deutschland, sofern unsere beantragten Finanzausschüsse genehmigt werden und sobald dies die Pandemie-Situation zulässt. Zunächst sind zwei virtuelle Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Young Meretz geplant.

Auch die europäischen Regionalpartnerschaften im Rahmen des Projektes "European Match" werden uns weiterhin beschäftigen. Die Regionen, die im Jahr 2020 aus der GRÜNEN JUGEND teilgenommen haben, sollen auch im nächsten Jahr weiterhin durch das Internationale Team unterstützt werden, ihre Partnerschaften auszubauen und langfristig aufrechtzuerhalten. Auch der Austausch über die Regionen hinweg soll vorangetrieben werden, um so einen Austausch von Ideen und Inspirationen zu erleichtern. Im Jahr 2021 soll der Fokus insbesondere auf dem Thema Wahlen liegen und Partnerschaftsprojekte sollen dazu ermutigt werden, je nach aktueller Lage persönliche Wahlkampf-Besuche oder virtuelle Wahlkampf-Formate in Zusammenarbeit mit ihrer Partnerregion umzusetzen.

Schließlich wollen wir auch die Zusammenarbeit mit anderen Partnerorganisationen 2021 auch auf Bundesebene weiter vorantreiben: Unser internationales junggrünes Netzwerk bietet hierzu verschiedenste Möglichkeiten, sowohl über unsere Dachorganisationen als auch bilateral mit junggrünen Mitgliedsorganisationen. Dies soll weiterhin in virtuellen Treffen stattfinden, in denen wir den Austausch von GRÜNE JUGEND Mitgliedern mit anderen internationalen junggrünen Aktivist*innen ermöglichen.

Bündnisse

Die Grüne Jugend spielt eine Schlüsselrolle in der Verbindung von Bewegungen und Partei. Wir kämpfen auf der Straße und in Parlamenten für echte Veränderung und eine gerechte Gesellschaft und sehen uns dabei als Teil der Klimabewegung, antifaschistischer Initiativen, queerer Kämpfe, Bewegungen für eine humane Geflüchtetenpolitik und Partnerin von Gewerkschaften.

Unsere Bündnisarbeit war im letzten Jahr insbesondere von der Corona-Krise geprägt - und wird es voraussichtlich auch im nächsten Jahr sein. Dennoch wollen wir im nächsten Jahr, soweit es der Infektionsschutz zulässt, auf die Straße gehen. Denn die Klimakrise, die enorme soziale Ungerechtigkeit und der grassierende Rassismus sind zu ernst, als das wir die Füße hochlegen könnten. Eine besondere Rolle in der Vorbereitung von Demonstrationen und Aktionen können unsere ausgebildeten Demotrainer*innen dabei einnehmen, indem sie bei gemeinsam vorbereiteten Schulungen ihr Wissen in die Breite des Verbandes tragen und insbesondere vor großen Demos und Aktionen Trainings anbieten.

387 Wir werden im nächsten Jahr insbesondere mit Blick auf die Bundestagswahl,
388 unsere Bündnisarbeit intensivieren. Inhaltlich wollen wir uns dabei besonders in
389 sozialen Bewegungen und Gewerkschaftskämpfen einbringen und Mobilitätsbündnisse
390 mitgestalten. Soziale und ökologische Konflikte haben die gleiche Ursache im
391 System und müssen deshalb gemeinsam ausgekämpft werden!

V-1-B Keinen Raum der AfD - Verboten, was verboten gehört!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2020
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Mit der Alternative für Deutschland (AfD) hat die extreme Rechte in der
2 Bundesrepublik seit einigen Jahren eine Partei gefunden, die ihren
3 rechtsradikalen Positionen gerecht wird und die in der Lage ist, ein erhebliches
4 rechtes Wähler*innenpotential zu mobilisieren. Die Partei knüpft damit an eine
5 bundesdeutsche Kontinuität antidemokratischer, rassistischer und antisemitischer
6 Einstellungen an und schafft es wie keine andere Organisation, rechte Weltbilder
7 zu bestätigen und die heterogene extreme Rechte in Deutschland zu vereinen.

Von „eurokritisch“ zu völkisch-national – aber immer rassistisch, antisemitisch und menschenverachtend

10 Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 hat sich die AfD von einer scheinbar gemäßigten
11 selbsternannten „eurokritischen“ Partei zu einer Organisation gewandelt, die
12 demokratische Grundsätze mit Füßen tritt und ihr völkisches Gedankengut weit in
13 der Bevölkerung verbreiten kann. Die AfD ist seit ihrer Gründung nicht nur immer
14 weiter nach rechts gerückt, sie hat auch den Diskurs demokratischer Parteien und
15 der Öffentlichkeit massiv beeinflusst und Politiker*innen dazu gebracht,
16 menschenfeindliche Standpunkte in reale Politik umzusetzen. Insbesondere in der
17 Asylpolitik sind unter dem Eindruck extrem rechter Wahlerfolge im Bundestag, den
18 Ländern und Kommunen Entscheidungen getroffen worden, die noch vor wenigen
19 Jahren undenkbar gewesen wären. Mit den letzten Landtagswahlen wurde deutlich,
20 dass der Partei und ihren Wähler*innen mit dieser Strategie der inhaltlichen
21 Annäherung nicht beizukommen ist. Auch wenn die aktuellen Umfragewerte – etwa in
22 der Corona-Krise – nicht auf alte Höhenflüge hindeuten, ist die Partei heute mit
23 ihrer Präsenz in fast allen demokratischen Institutionen in der Lage, mit ihren
24 finanziellen und personellen Ressourcen die Demokratie, Einhaltung der
25 Menschenrechte und das Leben und Wohlergehen marginalisierter Gruppen in
26 Deutschland ernsthaft zu gefährden.

27 Alle Distanzierungen der AfD von verfassungsfeindlichen Organisationen bis hin
28 zu rechtsradikalem Terror haben sich bisher als gefährliche
29 Beschwichtigungstrategie erwiesen. Der mutmaßliche Mörder von Walter Lübcke

hatte die Partei im hessischen Landtagswahlkampf unterstützt. Der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke zeigt sich nicht nur als Holocaustrelativierer, sondern ist auch mit dem NSU-Unterstützer Thorsten Heise bekannt. AfD-Demonstrationen und -Veranstaltungen sind immer wieder Schauplatz für Angriffe auf Gegner*innen und Journalist*innen. Dies zeigt, dass ihre Unterstützer*innen nicht nur mit Mitteln des demokratischen Rechtsstaats ihre menschenfeindlichen und antidemokratischen Ziele durchsetzen wollen, sondern dafür auch nicht vor Gewalt zurückschrecken.

Die Existenz der AfD gefährdet die Demokratie

Welch demokratiegefährdendes Potential die Partei in den Parlamenten entwickelt, zeigt sich nicht nur mit ihrer häufig erkennbaren Arbeitsverweigerung in den Gremien, sondern auch, wenn die Vertreter*innen der AfD demokratische Institutionen missbrauchen und Demokrat*innen gegeneinander ausspielen. Die Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum thüringischen Ministerpräsidenten im Februar 2020 zeigte auf sehr plastische Weise auf, welches Zerstörungspotential darin liegt, dass eine unverhüllt faschistisch agierende Partei demokratische Verfassungsorgane als Bühne für die Artikulation ihres Machtanspruches nutzt und dabei bürgerliche Parteien für ihre Zwecke nutzt. In Thüringen war die Partei so für eine kurze Zeit an der Mehrheit eines Landesparlamentes beteiligt.

Die Erfolge der AfD bei Wahlen auf allen Ebenen hat nicht nur tausenden Mandatsträger*innen in Deutschland und der Europäischen Union zu politischer Macht und potentiell Gestaltungsspielraum verholfen. Mandate bringen auch nicht unerhebliche personelle und finanzielle Ressourcen mit sich. Damit ist die Partei in der Lage, tausende Mitarbeiter*innen von Abgeordneten und Fraktionen auf allen Ebenen mit Auskommen zu versorgen, das für den Aufbau außerparlamentarischer rechtsradikaler Strukturen verwendet werden kann. Das Parteienrecht in der Bundesrepublik ermöglicht es der Partei zudem, große Mengen an Steuergeldern für ihre Zwecke zu verwenden. Dass sich die Partei dabei regelmäßig nicht an geltendes Recht hält, zeigen inzwischen einige Parteispendenaffären.

Die AfD widerspricht zahlreichen Prinzipien des Grundgesetzes

Mitglieder der AfD und zahlreiche Anhänger*innen wollen die Würde und Freiheit einer Vielzahl von Menschen in Deutschland einschränken. Ebenso wollen sie die Grundrechte einzelner Bevölkerungsgruppen beschneiden. Die Partei ist rassistisch und lehnt die Grundwerte einer liberalen Demokratie mehrheitlich ab. Wie die NPD setzen sich einige AfD-Organisationen für eine Politik der „Volksgemeinschaft“ ein. Dieses Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem grundgesetzlichen Demokratieprinzip und Gleichheitsgrundsatz unvereinbar.

Die AfD, ihre Mitglieder und Anhänger*innen streben nach der Einschränkung der Pressefreiheit und der Auflösung der Freiheit von Lehre und Wissenschaft. Im Februar 2020 forderte die AfD etwa eine staatliche Stelle, die die Einhaltung von „journalistischen Qualitätsstandards“ prüfen sollte. Schon seit ihrer Gründung setzt sich die AfD für die Abschaffung öffentlich-rechtlicher Medienanstalten ein und versucht, die Berichterstattung über ihre Politik etwa auf Parteitag strikt zu begrenzen und zu regulieren. Landtagsabgeordnete aus Baden-Württemberg und anderen Ländern versuchten mit Meldeportalen die Freiheit der Lehre und Wissenschaft einzuschränken und ein Klima der Verleumdung und Diskreditation zu schaffen.

Verstrickung einiger Mitglieder in rechte Terrornetzwerke

Immer wieder geraten neue Verbindungen von teils einflussreichen AfD-Mitgliedern zu rechtsradikalen und gewaltbereiten Gruppen in den Blick der Öffentlichkeit. Ein Mitarbeiter des AfD-Abgeordneten Nolte ist Teil des rechten Hannibal-Netzwerks, welches aus Mitgliedern des Militärs und der Polizei besteht, die auf einen Umsturz des Systems hinarbeiten. Er ist nicht das einzige AfD-Mitglied, das in rechtsterroristischen Vereinigungen wiederzufinden ist. Der Hauptverdächtige im Mordfall an dem Kasseler CDU-Politiker Walter Lübcke war regelmäßig bei Veranstaltungen der AfD und half auch bei ihrem Wahlkampf. Er hatte offenbar Verbindungen zur inzwischen verbotenen Neonaziorganisation Combat 18, die wiederum Verbindungen zum NSU-Komplex hatte.

Die Hetze, die einflussreiche AfD-Mitglieder in ihren Reden verbreiten, führt zu Morden oder Angriffen. Das Ungerechtigkeitsempfinden, das die AfD bei ihren Anhänger*innen schürt, führt zu Wut und zunehmender Gewaltbereitschaft unter ihnen. Bei einigen Menschen geht es so weit, dass sie sogar dazu bereit sind, Menschen zu ermorden.

Bewusste NS-Bezüge

Björn Höcke stilisiert sich mit einer NS-nahen Sprache und der Etablierung eines Kultes um seine Person zu einer Führerfigur. Er stellt bewusst Forderungen, die das gesellschaftlich Akzeptierte überschreiten und verschiebt so den öffentlichen Diskurs nach rechts. AfD-Mitglieder versuchen gezielt, Begrifflichkeiten wieder salonfähig zu machen, die ihren Ursprung in der nationalsozialistischen Ideologie haben oder besonders mit dieser Zeit in Verbindung gebracht werden, wie etwa der Begriff „völkisch“. Sie fragen öffentlich, warum wir denn nicht stolz auf die Leistungen deutscher Soldaten in beiden Weltkriegen sein könnten, so wie es in Frankreich, Großbritannien oder den USA üblich sei. Höcke beschrieb einen „[...] lebensbejahenden, afrikanischen Ausbreitungstyp“, damit reproduziert er eine gefährliche Rassenideologie und spricht von einer bevorstehenden „Umvolkung“. Der Parteivorsitzende Alexander Gauland bezeichnete die NS-Zeit als einen „Vogelschiss“ in einer laut ihm „1000-

jährigen erfolgreichen, deutschen Geschichte". Damit verharmlost er nicht nur die Verbrechen, die während dieser Zeit in und durch Deutschland begangen wurden. Als die Einführung des 8. Mai als dauerhaften Feiertags im Raum stand, lehnte Gauland dies mit der Aussage es wäre „[...] auch ein Tag der absoluten Niederlage, ein Tag des Verlustes von großen Teilen Deutschlands und des Verlustes von Gestaltungsmöglichkeit“ ab.

Zerstörung des demokratischen, pluralistischen Diskurses

Um ein Beispiel für eine gezielte Steuerung des Diskurses zu bringen, sei die von der AfD gestellte Kleine Anfrage an die Bundesregierung genannt, in der sie die Anzahl der in Deutschland stattgefundenen Gruppenvergewaltigungen 2018 und den Anteil der Tatverdächtigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit wissen wollte. Die AfD versucht somit gezielt, die Solidarität innerhalb der Bevölkerung zu zerlegen. Mit Aussagen wie den oben genannten schafft die AfD ein Feindbild für jene Bürger*innen, die sich bereits benachteiligt fühlen. Mit dieser Diskurslenkung schafft die AfD es, Debatten zu dominieren, obwohl sie innerhalb der deutschen Gesellschaft und somit auch im Mehrheitsdiskurs nicht einmal ansatzweise eine Mehrheit darstellen. Sie versuchen sehr erfolgreich, den Diskurs zu bestimmen, indem sie Aussagen tätigen, von denen sie wissen, dass andere sich gezwungen fühlen werden, darauf einzugehen. Zudem sorgt die AfD mit Fake-News und Falschbehauptungen sowie gezieltem Framing für alternative Realitäten und Wahrnehmungen. Entwicklungen von Straftaten werden durch die Partei im Zusammenhang mit Zuwanderung und Geflüchteten falsch oder eindimensional dargestellt. Sie bringt beispielsweise den Islam als Religion in einen völlig irrationalen Zusammenhang mit bestimmten Straftaten wie Vergewaltigung oder Mord. Mit den sprachlichen Bildern einer „Flüchtlingswelle“ oder „-flut“ vermitteln sie das Gefühl einer unaufhaltsamen, zerstörerischen Naturkatastrophe.

Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung

Die ehemalige Vorsitzende Frauke Petry vertrat öffentlich die Position, der Begriff „völkisch“ müsse positiv besetzt werden. Die derzeitige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alice Weidel wiederum diskriminierte im Bundestag Zuwander*innen und Frauen, die ein Kopftuch tragen in der Formulierung „Burkas, Kopftuch-Mädchen, alimentierte Messer-Männer und sonstige Taugenichtse[...]“, dies begründete sie mit der Zuwanderung einzelner Straftäter*innen. Die AfD forderte eine Neuregelung des Familiennachzugs und erarbeitete einen Antrag zur verfrühten Rückführung syrischer Geflüchteter in Regionen, die noch nicht als sicher eingestuft werden können. Auch die Äußerungen zu der vermeintlichen Verbindung zwischen Migration und Kriminalität ist in diesem Rahmen einzuordnen.

LGBTQI*-Rechte sieht die AfD ebenfalls sehr kritisch. Homosexuelle Personen hätten laut einigen Mitgliedern den „Volkstod“ mit zu verantworten. In diesem

Zusammenhang setzt sich die Partei auch für ein gestriges Familienbild ein und möchte Familien fördern, die mehr als drei Kinder haben. Ebenso will sie Mütter dazu ermutigen, die Kinder zu Hause zu erziehen anstatt sie in den Kindergarten zu schicken und selbst arbeiten zu gehen. Sie sieht Carearbeit in der alleinigen Verantwortung von cis Frauen und versucht durch diesen Vorstoß auch, eine pluralistische Sozialisierung der Kinder zu verhindern. Sie setzt sich aktiv gegen die Aufklärung von Schüler*innen über LGBTQI*-Themen ein und ist der Meinung, die „klassische Familie“ würde durch alternative Familienentwürfe angegriffen. Von der Bundesregierung wollte die Partei wissen, wie sich die Zahl von Schwerbehinderten in Zusammenhang mit Migration und Heirat innerhalb derselben Familien seit dem Jahr 2012 entwickelt hätte. In Thüringen und Sachsen scheiterten sie an dem Versuch, LGBTQI*-Personen unter Sinti und Roma zählen zu lassen. In Sachsen fragten Abgeordnete auch nach der Anzahl von Frauen in gebärfähigem Alter und deren Nationalität.

Die AfD setzt sich für eine Verschärfung des Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen ein, sodass diese auch bestraft werden können. Währenddessen fordert der Bundestagsabgeordnete Thomas Seitz gar die Wiedereinführung der Todesstrafe als Abschreckung für Asylbewerber*innen. Dem Grundrecht auf Asyl insgesamt steht die AfD seit ihrer Gründung sehr kritisch gegenüber und forderte mehrfach dessen Veränderung oder sogar Abschaffung. All das sind nur einzelne Beispiele für eine Systematik der Diskriminierung, die von der AfD vorangetrieben wird.

Die AfD - eine verfassungsfeindliche Partei?

Faschistische Organisationen gehören verboten. Daher muss auch ein Verbot von Parteien wie die AfD ernsthaft diskutiert und in Betracht gezogen werden. Die Partei gefährdet demokratische Werte, die Rechtsstaatlichkeit und das Leben und die Freiheit vieler Menschen. Die AfD ist eine Partei, die mehrfach gegen grundlegende Verfassungsgrundsätze verstößt und in der Vergangenheit verstoßen hat. Ihre Mitglieder stellen viele Prinzipien, die in der sogenannten „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung“ gefasst werden, offen in Frage und arbeiten an ihrer Untergrabung. Die Frage ist zu stellen, ob ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgversprechend ist – aber natürlich ist es auch wichtig, diese Verstöße mit dem Risiko eines misslungenen Verfahrens und der in dem Falle nachfolgenden Legitimierung der AfD oder anderen Risiken wie dem einer noch weiter ausgebauten Unübersichtlichkeit der rechten Szene abzuwägen. Das jedoch kann nur dann stattfinden, wenn die Debatte konsequent und ergebnisoffen geführt wird. Wir fordern demnach, einen Antrag auf Verbot der AfD als Ganzes oder Gliederungen der Partei durch die dazu legitimierten Organe Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung zu prüfen und der Prüfung entsprechend zu verfahren.

Isolierung und Abgrenzung auf allen Ebenen

Außerdem darf es keine Zusammenarbeit mit der Partei oder ihren Funktionär*innen geben. Die AfD soll und muss in der Politik weiterhin isoliert werden und darf unter keinen Umständen ihre Forderungen in irgendeiner Form durchsetzen können. Ein Vorkommnis wie in Thüringen darf sich nicht wiederholen, die AfD und ihre Funktionär*innen dürfen sich niemals mit einer Durchsetzung ihrer menschenverachtenden Politik krönen können. Hierbei bietet sich eine Strategie nach dem Schweriner Weg an, der 2006 für den Umgang mit der damals frisch in den Landtag eingezogenen NPD gefunden wurde. Dieses Modell setzt eine Geschlossenheit seitens der demokratischen Parteien gegenüber der Rechten voraus, infolge derer kein Gesetzesentwurf oder Antrag der Rechten unterstützt wird. Auf Anträge und Einlassungen seitens der rechten Partei antwortet jeweils nur ein*e Abgeordnete*r im Namen aller teilnehmenden Fraktionen, was ein Verschieben der Debatte auf rechte Themen verhindert und den Übergang zur Tagesordnung ermöglicht, jedoch die Äußerungen nicht unbeantwortet stehen lässt. Zudem muss die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen durch demokratische Politiker*innen verweigert werden, sofern auch Redner*innen der AfD auf dem Podium sitzen. Übertragen auf die AfD bedeutete dies eine deutliche Abgrenzung von rechter Politik, eine klare Haltung und ein solidarisches Zusammenstehen aller Demokrat*innen gegenüber faschistischem Gedankengut.

Zivilgesellschaft gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit stärken

Aber nicht nur im Bereich der Politik, sondern auch auf der gesellschaftlichen Ebene müssen die AfD und ihre Anhänger*innen zurückgedrängt werden. Es ist ebenso wichtig, im Alltag Zivilcourage zu zeigen und klarzustellen, dass rechte Hetze in einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft keinen Platz hat. Um das zu verstärken, muss politische Bildung und Demokratiebildung massiv ausgebaut werden. Ebenso wichtig sind weitere Demonstrationen und Aktionen gegen die Diskursverschiebung nach rechts und die Angriffe auf die Menschen, die nicht ins Weltbild der AfD passen. Gerade wichtige Verbände, die gegen Rassismus vorgehen, klagen vermehrt über rechte Unterwanderungen. Auch hier muss deutlich Stellung bezogen und Unterstützung angeboten werden. Zivile Demokratieförderprojekte, Präventionsangebote, Bildungsangebote, oder Beratung von Opfern rechter Gewalt sind häufig chronisch unterfinanziert und müssen in aufwendigen Verfahren jährlich auf eine Verlängerung der Fördermittel hoffen.

Aber auch der Sozialstaat muss weiter gestärkt und systemimmanenter Rassismus gezielt identifiziert und abgebaut werden. Es ist unabdinglich, dass mehr Unterstützungsangebote für Betroffene rechter Hetze entstehen. Dass rechte Angriffe auf Geflüchtete abgetan oder kleingeredet werden, Kommunalpolitiker*innen bei Morddrohungen allein gelassen werden, selbst eindeutig rechte Angriffe wie der Terroranschlag in Hanau als „nicht rechts“ eingestuft werden, weil der Täter nicht nachvollziehbar organisiert war, die Verwicklung radikaler Rechter mit unseren Sicherheitsbehörden unter den Teppich

gekehrt wird – all das zeigt ein klares Versagen des Rechtsstaates, wenn es um die Einhegung verfassungsfeindlicher Aktivitäten geht. Hier wünschen wir uns eine deutlichere Stellung der staatlichen Stellen und eine Einrichtung unabhängiger Untersuchungs- und Beschwerdestellen. Ebenso fordern wir die garantierte Sicherheit derjenigen, die sich den Rechten in den Weg stellen – ob das nun die Möglichkeit einer Verfolgung von Hetze und Drohschreiben oder gar körperlichen Angriffen ist, der Schutz vor denselben, oder die klare moralische Unterstützung der Betroffenen.

Wir alle sind gefragt. Beleidigungen, Drohungen, Verweigerung von Leistungen oder einfach rassistische Äußerungen dürfen niemals unkommentiert in der Luft stehen. Zivilcourage und klare Stellung gegen rechts sind das Gebot der Stunde.

Parteiverbot: Kein staatliches Geld und Strukturen für Faschist*innen

Das Verbot von Parteien sollte in einer demokratischen Gesellschaft immer mit größter Vorsicht und als eines unter vielen Mitteln gegen demokratiegefährdende, menschenfeindliche und gewalttätige Organisationen angewandt werden. Demokrat*innen dürfen zum einen nicht der Verführung erliegen, ungeliebte Mitbewerber*innen aus dem demokratischen System entfernen zu wollen. Sie dürfen zudem nicht dem Glauben verfallen, dass Verbote faschistischer Parteien das rechtsradikale Potential, das in der Gesellschaft weit verbreitet ist, ebenfalls mit verbieten.

Die Alternative für Deutschland ist jedoch die erfolgreichste faschistische Partei in der Bundesrepublik seit 1945. Die Partei und ihre Anhänger*innen sind keine einfachen Mitbewerber*innen mit konservativen Positionen. Sie kämpfen mit schlichtweg undemokratischen Mitteln um Diskurshegemonie und politische Macht und setzen sich für Ziele ein, die einer demokratischen, freiheitlichen, rechtsstaatlichen und solidarischen Gesellschaft diametral widersprechen. Ihre Programme und öffentlichen Äußerungen strotzen vor Nationalismus, faschistischer Gesellschaftsvorstellungen und Menschenhass.

Viele Mitglieder unterstützen es, ihre Ziele durch Waffengewalt durchzusetzen. Einige, wie Stephan E., haben es mutmaßlich bereits getan. Unterstützer*innen beziehen sich offen auf die nationalsozialistische deutsche Vergangenheit. Auch wenn die AfD noch weit davon entfernt ist, demokratische Strukturen der Bundesrepublik zu zerstören, zeigt sich, welches gefährliche Potential in ihr liegt.

Dieser Gefahr gilt es zu begegnen. Auf der Straße, im öffentlichen Diskurs und auch auf rechtlichem Wege. Es gilt, sich immer wieder schützend vor vulnerable Gruppen und Opfer von Hass und Rassismus zu stellen und diese zu unterstützen.

Dies kann uns aber bei weitem nicht reichen. Ein Verbot der faschistischen AfD würde der extremen Rechten in Deutschland eine wichtige strukturelle Stütze nehmen, unter deren Schutz und in deren Fahrwasser sich Strukturen gebildet haben, die den Fortbestand demokratischer Strukturen und das Leben vieler Menschen bedrohen.

Ebenso würde ein Verbot die staatliche Förderung der AfD beenden und ihren Geldfluss versiegen lassen, was den Organisationsgrad antidemokratischer und faschistischer Strukturen einhegen könnte. Es ist nicht erträglich, dass öffentliche Gelder einer Partei zugutekommen, deren Mitglieder das Ziel verfolgen, die Demokratie und die offene, pluralistische Gesellschaft abzubauen.

Warum ist ein verfassungsrechtliches Verbot möglich

Wenn eine Partei nach ihren Zielen oder auch dem Verhalten ihrer Anhänger*innen darauf ausgerichtet ist, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beschädigen oder abzuschaffen, ist sie verfassungswidrig. Nur die Äußerung dieser Ideen reicht nicht aus; die Parteien müssen ihre negative Haltung gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung aktiv vertreten. Es darf außerdem nicht völlig ausgeschlossen sein, dass sie ihre verfassungsfeindlichen Ziele erreichen können. Diese Bedingungen sehen wir bei der AfD erfüllt.

Die Grüne Jugend fordert:

- Die intensive Prüfung eines Antrags auf Verbot der Alternative für Deutschland oder einzelner Gliederungen vor dem Bundesverfassungsgericht. Eine Partei, deren Mitglieder aktiv an der Zerstörung einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft mitwirken, gehört verboten.
- Eine vollständige Isolierung der Partei in den Parlamenten und Gremien auf allen Ebenen: Unter keinen Umständen darf es politische Zusammenarbeit mit der AfD und ihren Funktionär*innen geben. Ihr Einfluss auf das politische Tagesgeschäft und den Diskurs muss gestoppt und jeder Erfolg verhindert werden.
- Die gezielte Förderung von Zivilcourage und Zurückdrängung auf gesellschaftlicher Ebene durch fortgeführte Demonstrationen und Aktionen. Kein*e Sympathisant*in der AfD sollte den Eindruck bekommen, dass Rassismus und Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft einen Platz haben. Jeder Versuch, sich in Diskurs und Alltag mit rechtem Gedankengut zu etablieren, sollte durch zivilgesellschaftliche Akteur*innen verhindert werden.
- Die Unterstützung zivilen Widerstandes durch ein Demokratiefördergesetz.

306 Wir brauchen Bildungsangebote und Unterstützung für alle, die sich für
307 Demokratie und gegen Rassismus und rechte Ideen engagieren wollen.

- 308 • Mehr Unterstützung und Schutz für Betroffene rechter Gewalt. Kein Mensch
309 sollte sich bedroht oder allein gelassen fühlen, wenn er sich gegen rechts
310 engagiert oder von Rechten angegriffen wird.

V-3-B Verbesserte Therapie, Versorgungslage und Prävention von psychischen Krankheiten

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

Psychische Krankheiten sind Teil der Lebensrealität vieler Menschen. Etwa ein Drittel der Menschen in Deutschland gibt in Befragungen an, an psychischen Krankheiten zu leiden und etwa ein Viertel zeigt beispielsweise Symptome einer depressiven Episode. Laut den Berichten von Krankenkassen steigt auch die Krankschreibung von Arbeitnehmer*innen aufgrund von psychischen Diagnosen extrem an. Nur etwas mehr als die Hälfte der Deutschen würde aber laut Statistik dazu bereit sein, wegen psychischer Probleme in Behandlung zu gehen. Das zeigt, wie groß die Angst vor Stigmatisierung bis heute ist.

Am erschreckendsten ist die Tatsache, dass die Zahl der Tode, die auf psychische Krankheiten zurückzuführen sind, dramatisch ansteigt und 2018 alleine in Deutschland bei circa 60.000 Menschen lag. Unser Ziel muss es sein, in einer Gesellschaft zu leben, die niemanden mehr krank macht und denen hilft, die eine psychische Krankheit haben, genau wie sie es benötigen. Jedoch braucht es auch konkrete Hilfe durch eine deutliche Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung, die niedrigschwellig für alle ist und sich an den Bedürfnissen der Einzelnen ausrichtet. Ziel dabei muss immer die Verringerung des subjektiven Leidens sein. Leistungsdruck, Zwang zur Konformität und Existenzängste sind konkrete Auswirkungen des Kapitalismus und tragen neben anderen Faktoren dazu bei, dass Menschen psychisch erkranken. Vielen dieser Menschen kann durch eine bessere therapeutische Versorgung geholfen werden. Der Zweck einer Psychotherapie ist die Verringerung von individuellem Leidensempfinden. Daher fordern wir als Grüne Jugend einen Paradigmenwechsel in den Bereichen der Versorgung, der Niedrigschwelligkeit, dem Übergang zwischen stationärer und ambulanter Therapie, der Diagnostik und der Bedürfnisorientierung der Psychotherapie!

Wie alle Teile der öffentlichen Gesundheitsversorgung wurde auch der psychotherapeutische Bereich durch politische Reformen mehr und mehr ökonomischen Zwängen unterworfen. Um unsere Forderungen umzusetzen sind Ressourcen nötig, über die der Sektor derzeit nicht verfügt. Eine wirkliche Wende und eine bedarfsgerechte psychotherapeutische Versorgung erfordert eine

konsequente Gemeinwohlorientierung der Gesundheitspolitik.

Verbesserung der Versorgung

Im Durchschnitt dauert es 20 Wochen, um einen Therapieplatz zu erhalten. Dabei gibt es ein starkes Gefälle zwischen dem ländlichen Raum und den großen Städten. In den wenigen Städten, in denen Psychotherapeut*innen ausgebildet werden, sind mehr psychotherapeutische Praxen, doch selbst da ist kaum eine ausreichende Versorgung gewährleistet. Durch die schlechte Versorgungslage müssen Menschen mit psychischen Problemen mehrere Personen anrufen, um auf eine Warteliste zu kommen. In psychischen Notfällen sind sowohl Telefonate als auch Wartezeiten unerträglich und die Psychiatrie ein stigmatisierter Ort, wodurch Menschen sich teilweise gar keine Hilfe suchen. Wir brauchen eine drastische Verkürzung der Wartezeit auf 4 Wochen und einen leichteren Zugang zu psychologischer Hilfe!

Für Menschen für die der Zugang im heutigen System erschwert ist – aufgrund fehlender Deutschkenntnisse, fehlender Barrierefreiheit für Menschen mit körperlichen und neurologischen Einschränkungen und Behinderungen, ihrer Religion, ihres sozialen Status und Alters – müssen geeignete Therapieplätze wohnortnah oder durch mobile Therapeut*innen zur Verfügung stehen. Der neu eingeführte Studiengang zur Psychotherapie, der den bisherigen Weg über einen Psychologie-Master und eine darauffolgende Ausbildung ablösen soll, kann nur eine tatsächliche Verbesserung bewirken, wenn genügend Studienplätze flächendeckend angeboten werden. Bereits derzeit reichen die von den Krankenkassen zugelassenen Psychotherapeut*innen nicht aus. Durch einen leichteren und schnelleren Zugang würden sich die Zahlen der zu behandelnden Patient*innen deutlich erhöhen. Dementsprechend muss gerade in der Anfangszeit einer Umstellung eine häufigere Berechnung des Bedarfs erfolgen. Diese darf sich nicht nur auf die aktuellen Zahlen der behandelten Personen stützen, sondern muss Faktoren berücksichtigen, die die Suche nach einem Behandlungsplatz bisher verhindert haben. Ziel sollte es sein, erschwerende Faktoren zu reduzieren und die Verfügbarkeit daran anzupassen, statt durch Verknappung der Verfügbarkeit die Hilfesuche zu erschweren.

Niedrigschwelliger, leichter, schneller!

Wesentlich für eine Vermeidung lang andauernder psychischer Erkrankungen sind eine rechtzeitige Behandlung und Präventionsmaßnahmen. Entscheidend für die psychische Gesundheit ist daher nicht nur die Behandlung gefestigter psychischer Erkrankungen, sondern auch die Prävention sowie die Vermeidung einer Verstetigung beginnender psychischer Erkrankungen. Dafür ist es wesentlich, dass der Zugang zu Hilfsangeboten für Betroffene so ausgestaltet ist, dass ein hürdenfreier und unverbindlicher Beratungstermin bei Bedarf zeitnah zustande kommt.

Darüber hinaus braucht es ein zentrales Verzeichnis aller freien Therapieplätze und einen Ausbau der ambulanten Akutversorgung. Um ein niedrighschwelliges und zugleich auf die unterschiedlichen Bedürfnisse Einzelner zugeschnittenes Angebot herzustellen, sollten Hilfsräume für Beratung, vorläufige Diagnose und Anschlussbehandlung geschaffen werden. Diese können zugleich dem Austausch für Betroffene und Angehörige dienen um dem*der Einzelnen das Gefühl zu nehmen, mit der eigenen Erkrankung oder der eines Menschen im näheren sozialen Umfeld alleine zu sein. Zudem sind insbesondere erste Beratungs- und Therapieangebote in verschiedenen Formaten verfügbar zu machen, beispielsweise telefonisch oder online, damit eine Kontaktaufnahme für alle Hilfesuchenden ortsunabhängig und in der passenden Form möglich ist. Da psychische Probleme keine Besonderheit sind, sollten darüber hinaus breit angelegte präventive Maßnahmen wie Resilienztrainings verstärkt werden. Solche Angebote sind insbesondere an Schulen gezielt bekanntzumachen und durchzuführen. Hierdurch kann nicht nur eine Kenntnis über Hilfsangebote erreicht werden, sondern auch die Sensibilisierung für psychische Erkrankungen und die Selbstverständlichkeit ihrer Thematisierung gefördert werden.

Übergang zwischen stationären Aufenthalten und Alltag

In vielen Fällen reicht ambulante Therapie nicht aus – besonders in akuten Krisen, bei schwierig zu behandelnden Krankheitsbildern oder dringend benötigtem Abstand von der bisherigen Umgebung ist ein stationärer Aufenthalt in psychiatrischen oder psychosomatischen Einrichtungen von Nöten. Durch die mangelnde Zeit in der stationären Therapie wird eine Vorbereitung auf das Leben nach der Klinik jedoch kaum ermöglicht. Außerdem sind die Wartezeiten so lang, dass eine ambulante Therapie direkt im Anschluss kaum möglich ist. Deswegen braucht es einen ausschließlich an der Patient*in orientierte Begleitung durch die Therapie. Zur Überbrückung eventueller Wartezeiten und als ergänzende Therapiemethode können (teil-)digitale Angebote, wie beispielsweise Chats mit Therapeut*innen oder app-basierte Programme, weiterhelfen und eine Struktur mit aufbauen sowie Halt geben. Durch andere Angebote könnte unter therapeutischer Begleitung behutsam in den Alltag eingestiegen werden.

Bedürfnisorientierung

Hilfe bei psychischen Problemen sollte genauso individuell sein, wie die Menschen, die sie benötigen. Dabei sind Diagnosen ein wichtiges Hilfsmittel, können aber individuelle Therapieansätze und genug Zeit nicht ersetzen. Gerade das ist aber im bestehenden Gesundheitssystem kaum möglich. Es wird darauf gesetzt, Menschen schnell wieder arbeitsfähig zu machen und zu möglichst „normalen“ Menschen zu machen, statt das individuelle Leid zu lindern. So macht

unser System Menschen nicht nur krank, sondern verhindert auch die Genesung. Durch die Ökonomisierung im Gesundheitswesen wird Behandelnden und Patient*innen die Möglichkeit genommen, in Ruhe auf Ursachen psychischer Erkrankungen und Therapiemethoden einzugehen und individuelle Lösungsansätze zu finden. Auch alternative, wissenschaftlich fundierte Therapiemethoden sollen möglich und erstattungsfähig sein. Viele gesellschaftlich marginalisierte Gruppen sind unter Therapierenden nicht ausreichend vertreten. So reproduziert auch die Psychotherapie gesellschaftliche Verhältnisse und Ausschlüsse. Therapierende müssen für die besonders verletzliche Lage vieler Hilfesuchender und gesellschaftliche Machtverhältnisse sensibilisiert werden.

Gerade im stationären Bereich gibt es kaum Spielräume, um die Therapieangebote anzupassen. Wenn Patient*innen nicht den Anforderungen entsprechen, werden diese möglicherweise entlassen, ohne die dringend benötigte Hilfe zu erhalten. Auf der anderen Seite kommt es teilweise noch zu Zwangsbehandlungen. Beides kann dazu führen, dass Betroffene in Zukunft keine Hilfe mehr suchen. Die Pflege und Versorgung von Menschen mit psychischen Krankheiten erfolgt teilweise ohne fachspezifische Weiterbildungen, ohne Spezialisierung und ohne konkretes Wissen über Krankheitsbilder, wodurch die Behandlung häufig mangelhaft, manchmal sogar schädlich ist. Für eine adäquate Therapie müssen jedoch auch immer andere Krankheitsbilder mit in den Blick genommen werden.

Entstigmatisierung

Häufig werden Menschen, die eine psychische Krankheit haben als nicht „normal“ bezeichnet und stigmatisiert. Diese Stigmatisierung passiert auf der Arbeitssuche, aber auch in der Schule und Ausbildung. So wird Menschen mit psychischen Krankheiten zusätzlich der Alltag erschwert. Daher sind Sensibilisierungsmaßnahmen und Schulungen für Mitarbeiter*innen von Bildungseinrichtungen nötig, um bei psychischen Problemen und Krankheiten Hilfsmöglichkeiten anbieten zu können. Dazu sollten Arbeitgeber*innen, die Menschen mit psychischer Krankheit anstellen, stärker unterstützt werden. Ein offenerer Umgang mit psychischen Krankheiten soll allen genug Wissen zugänglich machen, um im Krankheitsfall selbstbestimmt Therapieangebote wahrnehmen zu können.

Die bereits zuvor beschriebenen Sensibilisierungsmaßnahmen, wie etwa Resilienztrainings in Bildungseinrichtungen, können zu einer Entstigmatisierung beitragen. Ein offenerer Umgang mit psychischen Krankheiten soll Allen genug Wissen zugänglich machen, um im Krankheitsfall selbstbestimmt Therapieangebote wahrnehmen zu können. Darüber hinaus sollten aber auch Arbeitgeber*innen und Mitarbeiter*innen von Bildungseinrichtungen geschult werden, um bei psychischen Problemen und Krankheiten Hilfsmöglichkeiten anbieten zu können. Auch das Bild von stationären Einrichtungen muss gewandelt werden. Das vorherrschend Zerrbild von psychiatrischen Kliniken wird unter anderem durch die Darstellung in

153 unterschiedlichen Medien (re-)produziert. Durch umfassende und breite Aufklärung
154 über psychische Krankheiten kann dieses Stigma abgebaut werden. Eine
155 Entstigmatisierung bedeutet auch ein gesellschaftliches Verständnis dafür, dass
156 niemand herrschenden Vorstellungen von Normalität entsprechen muss.

V-4-B Das Bildungszentrum - die Schule von morgen

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2020
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Bildung ist Voraussetzung für ein friedliches und zukunftsorientiertes
2 Zusammenleben. In der Schule sollen durch das Erleben und Reflektieren von
3 Toleranz und Moral gesellschaftliche Werte gelernt werden. Jedem einzelnen Kind
4 soll durch Bildung ermöglicht werden, sein eigenes Potenzial auszuschöpfen,
5 bestmöglich zu lernen und so zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe
6 befähigt zu sein. Das primäre Ziel sollte nicht akademische Höchstleistung sein.
7 Wichtiger ist es, Kinder zu unterstützen, zu mündigen Erwachsenen zu werden, die
8 in der Lage sind, selbst zu entscheiden, welchen Lebensweg sie einschlagen
9 möchten. Schule muss eine solide Grundlage für das spätere Leben schaffen und
10 Chancen eröffnen, statt sie zu beschneiden. Bewegungen wie „Fridays For Future“
11 und „Black Lives Matter“ zeigen, wie wichtig eine politisierte, europäische
12 Jugend heute ist. Sie legen offen, welche Defizite es innerhalb der Gesellschaft
13 gibt. Politische Bildung, Anti-Diskriminierung jeglicher Art, Empowerment und
14 kritisches Hinterfragen gesellschaftlicher Normen sind unter anderem Themen, die
15 Teil der schulischen Bildung sein müssten.

16 Das aktuelle Schulsystem ist in Hinblick auf diese Zielsetzung ungeeignet. Es
17 fordert von Kindern und Jugendlichen Anpassung an Leistungs- und Lehrnormen,
18 statt individuelle Besonderheiten und Stärken anzuerkennen und zu fördern. Damit
19 bleiben die zahlreichen Chancen unserer gesellschaftlichen Diversität ungenutzt.
20 Das Ziel einer homogenen Gesellschaft gilt schon lange als überholt – konträr
21 dazu steht der Vereinheitlichungsgedanke des deutschen Bildungssystems. Durch
22 das frühe Selektieren und Hierarchisieren im mehrgliedrigen System, findet
23 bereits im Kindesalter eine soziale Auslese statt, die nachweislich nicht nur
24 auf schulischer Leistung beruht. Besonders Schüler*innen mit
25 Migrationsgeschichte und jene aus nicht-akademischen Elternhäusern werden in
26 ihren gesellschaftlichen und akademischen Möglichkeiten beschränkt. Folge dessen
27 ist eine doppelte Benachteiligung. Auch Lehrkräfte sind nicht frei von
28 Rassismen, Sexismen und Ableismen. Dennoch schreiben wir ihnen eine nicht
29 mögliche Objektivität bei Bewertungen zu. Das führt dazu, dass manche
30 Schüler*innen für den gleichen Erfolg mehr leisten müssen, als Andere. Statt
31 diesen Effekt auszugleichen, wird er mit Hilfe von selektiven Maßnahmen durch
32 das aktuelle Bildungssystem verstärkt.

Auch Schüler*innen mit Behinderung sind in besonderem Maße davon betroffen. Deutschland hat 2009 die UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Aus Artikel 24 UN-BRK geht die Verpflichtung hervor, Menschen mit Behinderung im Regelschulsystem inklusive Bildung zu gewährleisten. Mehr als zehn Jahre später besuchen viele von ihnen aber weiterhin Förderschulen. Dort haben sie nur geringe Chancen auf einen Regelschulabschluss. Außerdem kommen Schüler*innen mit Behinderung weniger mit Schüler*innen ohne Behinderung in Kontakt. So wird die gesellschaftliche Marginalisierung von Menschen mit Behinderung verstärkt und beiden Seiten das Recht auf ein gesellschaftliches Miteinander geraubt.

Das Ziel einer homogenen Leistungsgruppe ist nicht nur unerreichbar, vor allem verhindert es sozialen Austausch und forciert vergleichende Tendenzen innerhalb der Lerngruppe. Der Leistungsgedanke, der dem Schulsystem zugrunde liegt und sich in Ziffernnoten und Numerus Clausus ausdrückt, führt nachweislich zu psychischen Belastungen und kann psychische Erkrankungen begünstigen oder verursachen. Schüler*innen werden durch Ziffernnoten in ihren akademischen Möglichkeiten beschnitten und stehen unter Leistungsdruck. Denn Ziffernnoten täuschen eine objektive Vergleichbarkeit vor, die es nicht geben kann und verstärken Ungleichheit. Lehrkräfte sind wie alle Menschen von Erfahrungen, Vergleichen, Stimmungslagen uvm. geprägt. Zudem sind Kompetenzen hoch komplex und individuell.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene leiden unter dem im Kapitalismus immer präsenten Leistungsdruck und Wettbewerb. Das Effizienz- und Leistungsstreben, das in unserer Gesellschaft als Normalzustand angenommen wird, darf nicht Grundlage der schulischen Bildung sein. Schüler*innen müssen sich frei von Lern- und Leistungsdruck individuell entwickeln dürfen. Diese Vielfalt muss sich auch in den Lernräumen und Unterrichtsinhalten wiederfinden. Nur durch eine umfassende Demokratisierung des Schulsystems werden Lernräume und Unterrichtsinhalte Spiegel der Interessen der Schüler*innen. Eine zukunftsorientierte, inklusive Schule kann nicht ohne Digitalisierung auskommen. Digitale Kompetenzen sind wichtige Voraussetzungen für gesellschaftliche Partizipation. Die digitale Welt bietet viele, oft ungenutzte Potenziale, vor allem im Bereich der Teilhabe.

Das aktuelle Bildungssystem basiert auf Bildungsföderalismus und Ziffernnoten genauso wie auf Selektion und Schüler*innen-Lehrkräfte-Hierarchie. Einzelne herausragende Schulen und kontinuierliche Reformen können die schwerwiegenden strukturellen Fehler des deutschen Bildungssystems nicht ausgleichen. Selbstbestimmung, Freiheit, Chancengleichheit sowie Emanzipation und Partizipation der Schüler*innen können nur durch einen grundlegenden Neuentwurf des Schulsystems erfolgen. Aufgrund dieser Erkenntnisse fordert die GRÜNE JUGEND die Ersetzung der Schule in ihrer heutigen Form zugunsten der Einführung des gut finanzierten inklusiven, demokratischen, digitalen, flexiblen, zukunftsorientierten, europäischen und sich stetig weiterentwickelnden

Bildungszentrums.

Grundkonzept

Das Bildungszentrum wird von allen Kindern bis jungen Erwachsenen mindestens zehn Jahre lang besucht. Das Bildungszentrum ist eine gebundene Ganztagsinstitution. Die Schüler*innen sind in heterogenen Stammgruppen organisiert. In diesen lernen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam. Der Fokus liegt auf einer engen Zusammenarbeit und individuellen Förderung der Schüler*innen. Bei allen Entscheidungen werden alle beteiligten Akteur*innen demokratisch einbezogen. Die Schüler*innen wählen sich ihre Themen innerhalb eines vorgegebenen Rahmens selbst aus und bearbeiten diese zunehmend selbstständig. Alle notwendigen Kosten der Schüler*innen werden vom Staat übernommen. Die Rahmenbedingungen für das Bildungszentrum schafft der Bund. Die genaue Ausgestaltung erfolgt auf Ebene der einzelnen Bildungszentren. Dabei orientieren sie sich an den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Es finden zudem regelmäßige Evaluationen hinsichtlich der Lehrmethoden innerhalb der Bildungszentren statt. Nach zehn Jahren stehen den Schüler*innen individuelle Wege offen. Sie können beispielsweise mit einer Ausbildung beginnen oder noch länger im Bildungszentrum bleiben. Für einige Schüler*innen ist es zudem sinnvoll, schon mit einem Studium zu beginnen.

Gesetzgebung

Der Bund schafft für die Bildungszentren entsprechende Rahmenbedingungen. Der Freiraum innerhalb des Rahmens ermöglicht eine größtmögliche Selbstbestimmung aller am Bildungszentrum Beteiligten.

Gleiche Rahmenbedingungen

Dem Bund fallen die Verwaltung, die Finanzierung, die Vernetzung der Bildungszentren und die mit breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung, vor allem junger Menschen, betriebene Ausarbeitung eines auf essenzielle Kernpunkte beschränkten Kerncurriculums, welches viel Raum schafft für individuelle thematische Schwerpunktsetzung, zu. Entscheidungen sollen perspektivisch auf europäischer Ebene getroffen werden mit dem Ziel einer einheitlichen Bildungspolitik. Der Gesetzgebung des Bundes müssen die Bundesländer über den Bundesrat zustimmen.

Dezentrale Entwicklungsmöglichkeiten

Die genaue Ausgestaltung erfolgt auf Ebene der einzelnen Bildungszentren. Dazu gehören die Gestaltung der Lernräume und die konkreten Entscheidungsstrukturen.

Innerhalb klarer Vorgaben werden zudem thematische Schwerpunkte gesetzt. Örtliche und kulturelle Besonderheiten werden dabei ebenso wie für sonstige Gestaltungsentscheidungen miteinbezogen. Im Bildungszentrum treffen Schüler*innen und Lernbegleitende grundsätzlich alle Entscheidungen demokratisch. Je nach Schüler*in und Thema können auch Erziehungsberechtigte mit in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Bestimmte Entscheidungen, wie die thematische Fokussierung in der Erstellung der individuellen Lernpläne, liegen bei den einzelnen Schüler*innen.

Unterrichtsgestaltung

Gestaltung des Lernens

Im Bildungszentrum wechseln sich konzentrierte, körperlich aktive, handwerkliche, kreative und entspannte Phasen ab (rhythmisierte Ganztage). So werden geistig aktive Zeiten genutzt und durch körperliche Aktivitäten unterstützt. Die täglichen Bildungszeiten orientieren sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen zum natürlichen und individuellen Biorhythmus von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Vor und nach den regulären Lernzeiten gibt es die Möglichkeit der Betreuung, wenn dies von Schüler*innen bzw. Erziehungsberechtigten gewünscht wird.

In der konkreten Gestaltung des Lernens besteht großer Freiraum, sodass sie auf Schüler*innenschaft und Lernbegleitende passgenau abgestimmt werden kann. An erster Stelle steht das Ziel, die Schüler*innen individuell dabei zu unterstützen, zu mündigen, selbstlernenden, kritischen und sozialen Menschen zu werden. Im Bildungszentrum geht es deshalb vorrangig um die Vermittlung von (sozialen) Kompetenzen. Die Fähigkeit, Informationen kritisch einzuordnen und zu hinterfragen sowie eine eigene Meinung auszubilden und diese vertreten zu können sowie Verantwortung zu übernehmen für sich selbst und die Gesellschaft, steht dabei stärker im Fokus als die Wissensvermittlung.

Gemeinsames Forschen

Die Schüler*innen sind vorrangig in kleinen alters- und leistungsheterogenen Stammgruppen organisiert. In geeigneten Einheiten lernen mehrere Stammgruppen gemeinsam bzw. in neu zusammengesetzten Konstellationen. So kann ein Austausch zwischen verschiedenen Schüler*innen und über verschiedene Altersstufen hinweg stattfinden. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der gegenseitigen Unterstützung von leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Schüler*innen. Ebenso besteht die Möglichkeit, dass die Schüler*innen ihre Lehrkräfte in speziellen Thematiken schulen, um individuelle Erfahrungen zu teilen und ein Lernen auf Augenhöhe zu erreichen. Davon abgesehen finden auch Einheiten, in denen sich die Lerngruppen nach Interessen zusammensetzen, statt.

Der Fokus des Lernens liegt auf problem- bzw. lösungsorientierter und kreativer Projektarbeit, in der Wissen und Kompetenzen durch eigene Praxiserfahrungen und Recherchearbeit erarbeitet werden. Dabei werden Orte der Begegnung und des sozialen Lernens geschaffen. Die Stammgruppen beschäftigen sich immer mit einem Thema, welches sie u.a. aus naturwissenschaftlicher, sprachlicher, geographischer, gesellschaftskritischer, historischer, künstlerischer, ethischer oder auch psychologischer und philosophischer Sicht kritisch betrachten. Wo möglich wird mit allen Sinnen gelernt. Das Bildungszentrum weist eine Ausstattung auf, die es den Schüler*innen selbst ermöglicht, aktiver Teil einer lebendigen Institution zu sein. Schüler*innen bringen sich beispielsweise selbst in der Organisation einer Cafeteria oder eines Kiosks ein, aber auch die Technik, der Garten und das sonstige Gelände weisen eine Ausstattung auf, die den Schüler*innen Möglichkeiten bietet, sich auszuprobieren und Verantwortung zu übernehmen.

Regionale Bildungslandschaften

Zum praxisnahen Lernen gehört, dass das Bildungszentrum zur Außenwelt hin offen ist. So werden für Projekte Exkursionen von den Schüler*innen (mit-)organisiert oder Expert*innen, Zeitzeug*innen, Berufstätige oder auch Künstler*innen aus den jeweiligen Fachgebieten eingeladen. Dabei findet immer eine kritische Auseinandersetzung mit deren Tätigkeiten, Werten und Weltanschauungen statt. Durch Vernetzung mit und Unterstützung durch andere Bildungsträger sowie Institutionen und Unternehmen der Region werden regionale Bildungslandschaften geschaffen.

Selbstbestimmung und Freiheit

Alle Schüler*innen haben ihre individuellen Lernpläne, die sie auf Grundlage der eigenen Fähigkeiten und Interessen gemeinsam mit Lernbegleitenden erstellen und eigenverantwortlich innerhalb der Zeiten des Bildungszentrums bearbeiten. Ihnen obliegt die Wahl der Bearbeitungsgeschwindigkeit, der inhaltlichen Ausgestaltung, des Lernortes innerhalb des Bildungszentrums und der Lernpartner*innen. Die Lernbegleitenden beraten die Schüler*innen regelmäßig und individuell bei der Erstellung ihrer Lernpläne. Sie stehen den Schüler*innen zur Unterstützung und fachlichen Hilfe beiseite. Auch erkennen sie, wenn sich Schüler*innen Leistungsdruck selbst auferlegen und versuchen, ihnen Wege aufzuzeigen, wie sie mit diesem umgehen. Ebenso motivieren sie zur Beschäftigung mit herausfordernden und neuen Themen. Sie stellen den Schüler*innen die gewünschten Materialien zur Verfügung. Diese dürfen zur freiwilligen Vertiefung auch mit nach Hause genommen werden, eine verpflichtende Bearbeitung (Hausaufgaben) gibt es nicht. Außerdem regen sie die Schüler*innen zu einem sensiblen gemeinschaftlichen Miteinander ohne Ausgrenzung und zur Schaffung entsprechender Strukturen unter den Schüler*innen an. Die Ferienzeiten werden flexibel gestaltet: Zusätzlich zu gemeinsamen Schulferien, können Schüler*innen

selbstbestimmt freie Tage nutzen.

Bildung ist kostenlos

Alle Bildungskosten der Schüler*innen sowie Kosten für den Zugang zu Bildung(szentren) werden vom Staat übernommen. Während Lernmittel wie Bücher den Schüler*innen kostenlos ausgeliehen werden, gehen andere Lernmittel wie digitale Endgeräte in das Eigentum der Schüler*innen über. Sie dürfen von den Schüler*innen auch privat genutzt werden.

Multiprofessionelle Lernbegleitende

Im Bildungszentrum werden die Kinder bis jungen Erwachsenen beim Lernen von einem multiprofessionellen Team begleitet. Diesem gehören Fachkräfte aus den Bereichen Pädagogik, Therapie, Logopädie, Psychologie sowie weiteren Fachbereichen an. Mehrere Mitglieder des multiprofessionellen Teams koordinieren eine Stammgruppe. Das Zentrum ermöglicht und erwartet von den Lernbegleitenden eine kontinuierliche Weiterentwicklung. Deshalb werden hochwertige Fortbildungen besucht. Teambesprechungen finden regelmäßig statt. Es findet ein Austausch über Lehrmethoden statt, aber auch entsprechende Materialien werden stets geteilt. Ergänzend findet ein Austausch mit Lernbegleitenden aus anderen Bildungszentren statt. Die Lernbegleitenden diskutieren stammgruppenübergreifende Probleme sowie Erfolge und Vorgänge innerhalb einer Stammgruppe. Im multiprofessionellen Team werden Kollaboration und Kooperation gelebt. Regelmäßig finden Besuche zur Evaluation und qualitativen Weiterentwicklung der Lernsituation statt. Zur Aufgabe der Lernbegleitenden gehört auch, für Schüler*innen, die beispielsweise aufgrund von Krankheit nicht ins Bildungszentrum kommen können, Bildungsangebote zu schaffen und soziale Kontakte während der Abwesenheit zu fördern sowie die Wiedereingliederung frei von Stigmatisierung zu ermöglichen. Pflegekräfte und weiteres Personal, das nicht Teil der Lernbegleitenden ist, wird über das Bildungszentrum angestellt. Es wird sinnvoll in die Arbeit des multiprofessionellen Teams eingebunden.

Digitalisierung

Medienkompetenz ist zentral für das Leben im 21. Jahrhundert. Digitale Medien unterstützen die Inklusion und bieten vielfältige Optionen zur differenzierten Gestaltung des Lernens und Ansprache der Schüler*innen auf verschiedenen Ebenen und somit einen Mehrwert. Deshalb werden sie eng mit analogen Medien verknüpft, ersetzen diese aber nicht in allen Fällen.

Chancen der Digitalisierung aufgeklärt nutzen

Den Risiken digitaler Medien wird mit Aufklärung begegnet. Das Bildungszentrum

ist zentraler Ort zur Sensibilisierung und Prävention: Im Bildungszentrum wird der verantwortungsvolle Umgang mit persönlichen Daten, Gefahren durch Betrug sowie der Umgang mit Pornografie und Gewalt im Internet besprochen und kritisch diskutiert. Die Lernbegleitenden sensibilisieren die Schüler*innen für das Suchtpotential sozialer Medien und Spiele und geben ihnen Strategien zu selbstschützendem Verhalten mit auf den Weg.

Fortbildungen zur Digitalisierung

Um die Vorteile der Digitalisierung nutzen zu können, werden alle Lernbegleitenden regelmäßig professionell im Umgang mit digitalen Medien fortgebildet. Da die meisten Schüler*innen bereits mit digitalen Medien aufwachsen, bieten sich zusätzlich Schulungen für Lernbegleitende auch durch interessierte Schüler*innen in diesem Bereich besonders an.

Lernräume

Das Bildungszentrum ist kultureller Mittelpunkt und Lebensort. Damit trägt es eine hohe Verantwortung hinsichtlich des Wohlbefindens und der psychischen Gesundheit. Die Architektur und Einrichtung der physischen Lernräume des Bildungszentrums richtet sich nach dem Wohl der Schüler*innen und deren erfolgreichen Lern- und Entwicklungsprozessen. Die Schüler*innen beteiligen sich an der Wahl der Ausstattung und Gestaltung der Räumlichkeiten. Um zügig und ohne großen Aufwand die Lernumgebung umzugestalten, ist ausreichend Platz in den Räumen vorhanden und die Möbel sind leicht und flexibel einsetzbar. Eine angemessene Versorgung mit Strom und Internet ist die Voraussetzung für den Einsatz digitaler Medien. Insbesondere bei Neubauten soll die Architektur den pädagogischen Anspruch der Bildungszentren widerspiegeln. Bestehende Gebäude sollen nach Möglichkeit nach diesen Konzepten barrierearm umgestaltet werden.

Pädagogische Architektur

Die Architektur der verschiedenen Gebäudeteile und Räume ist vielfältig, barrierefrei und transformatorisch. Sie orientiert sich in der Form an der geplanten Nutzung. Die Aufteilung auf verschiedene größere und kleinere Gebäudeeinheiten ist dazu beispielsweise eine gute Möglichkeit. Die Räume bieten viel Licht und sind ästhetisch nach Wunsch der Schüler*innen und des Personals gestaltet. Das Gebäude wird dabei als einheitlicher Komplex begriffen, in dem die einzelnen Teile ein Zusammenspiel ergeben. Wenn Lerngruppen und Schüler*innen flexibler in der Raumwahl werden, dann spiegelt sich dies auch in der Architektur wieder. So gibt es Orte, an denen große Gruppen zusammenkommen können, Räume für Kleingruppen und ruhige Plätze, die der Einzelarbeit dienen. Die Räume sind zudem offen bzw. verbunden und halten durch ausgeklügelte Akustik-Konzepte die Geräuschkulisse auf einem angenehmen Niveau. Auch die Flure

sind Teil des Lern- und Lebensraumes und entsprechend gestaltet.

Lernlandschaften für eine Entwicklung in Eigenverantwortung

Hinsichtlich der Nutzung der Einrichtungsgegenstände wird den Schüler*innen größtmögliche Freiheit eingeräumt. Es gibt frei zugängliche digitale Medien, Lehr- und Lernmaterialien, Sportgeräte und Spielzeuge. Wo eine Kontrolle der Nutzung nötig ist, wird diese grundsätzlich durch Schüler*innen selbst übernommen. Es gibt ausreichend bequeme und ansprechend gestaltete Sitzmöglichkeiten. Die Räume werden flexibel und entsprechend der Lehrmethoden genutzt. Denkbar ist eine Nutzung mehrerer Räume für jeweils ein eigenes Thema, um auf diese Weise Lernlandschaften zu entwickeln. Dabei können die Räume auch Aufgaben auf unterschiedlichen Niveaus anbieten. Im Bildungszentrum gibt es zudem Erholungsräume sowie Schutz- und Rückzugsräume, die von den Schüler*innen bei Bedarf freiwillig aufgesucht werden können. Für die Lernbegleitenden gibt es eine ausreichend große Anzahl an größeren und kleineren Räumen, die für regelmäßig stattfindende Besprechungen der multiprofessionellen Teams, für die Vorbereitung, aber auch als Ruheräume genutzt werden können. Neben diesen Räumen gibt es im Bildungszentrum eine vollwertige Küche, in der kostenloses frisches, regionales und bio Essen zubereitet wird. Dabei besteht die Möglichkeit, dass die Küche sowie die Mensa von den Kindern und Jugendlichen selbstständig in Zusammenarbeit mit Köch*innen bewirtet und ausgestaltet wird.

Ökologisches Vorbild und kultureller Mittelpunkt

Das Bildungszentrum ist klimaneutral und erzeugt mehr Energie als es verbraucht. Die Innen- wie die Außenräume sind reich an Bepflanzungen. Die Außenräume sind zudem naturnah gestaltet, umfassen einen Garten und beinhaltet essbare Elemente. Darüber hinaus bieten die Außen- und Innenräume zahlreiche Spiel- und Bewegungsräume. Im Bildungszentrum wird Bildung als lebenslanges Konzept gelebt. Es wird dadurch zu einem den Ort und das Viertel prägenden Treff-, Bildungs- und Gestaltungszentrum. So wird es auch für Unterhaltungsveranstaltungen genutzt, sowie für Kultur und Sport. Dabei ist das Zentrum grundsätzlich allen Menschen zugänglich.

Entwicklungsreflexion und Abschluss

Wertschätzende Entwicklungsreflexion sowie Entwicklungsausblicke bilden die Grundlage für ein motivierendes, förderndes Umfeld. Eine individuelle Evaluation lässt Schüler*innen die Freiheit, Präferenzen nach eigenem Ermessen auszubauen und Schwächen im persönlichen Tempo und ohne Druck von außen aufzuarbeiten. Leistungs- und Lerndruck werden durch Wertschätzung und Hilfestellungen aufgefangen. Voraussetzung dafür ist, dass Schüler*innen und Lernbegleitende sich grundsätzlich im Austausch über Didaktik, Inhalte sowie beiderseitige

Leistung befinden. Regelmäßig finden persönliche Gespräche über den aktuellen Lern- und Entwicklungsstand statt. Diese sollen der Rückmeldung der Leistung der Schüler*innen, aber auch der Lernbegleitenden dienen. Das Lehrpersonal nutzt die gewonnenen Informationen, um die Schüler*innen individuell zu unterstützen.

Individuelle Entwicklungsberichte

Halbjährlich erhalten die Schüler*innen Entwicklungsberichte, die ohne Ziffernnoten auskommen. Diese sind in einer für die*den individuelle*n Schüler*in verständlichen Form festgehalten. Ziel der Entwicklungsberichte ist, die Schüler*innen auf ihrem individuellen Lernweg zu unterstützen, ohne Leistungsdruck aufzubauen. Die Entwicklungsberichte bestehen aus themenübergreifenden Rückmeldungen, die nicht nur die individuellen Leistungen enthalten, sondern auch die persönliche Entwicklung, die Motivation und das soziale Engagement der Schüler*innen würdigen. Entwicklungsberichte werden persönlich im Lernbegleitende*r-Schüler*in-Gespräch besprochen. Hier bleibt Raum für beiderseitige Verbesserungsvorschläge sowie Lob. Von besonderer Bedeutung ist, dass die Lernbegleitenden die Selbsteinschätzungen der Schüler*innen einholen, um etwaige Diskrepanzen zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung der Schüler*innen zu behandeln.

Selbstbestimmter Abschluss und persönliche Zulassungsverfahren

Die Schüler*innen entscheiden selbst, wann sie ihre – mindestens zehnjährige – Laufbahn im Bildungszentrum beenden wollen. Zur Beendigung erhalten sie einen schriftlichen Abschlussbericht, dessen Erhalt an keine weiteren Bedingungen geknüpft ist. Dieser kommt ohne Zensuren aus, fasst die Bildungsbiographie der Schüler*innen zusammen und benennt die Kompetenzen der Schüler*innen. Mit diesem können sich die ehemaligen Schüler*innen auf Ausbildungs- und Studienplätze bewerben. Dort absolvieren sie Aufnahmeverfahren, die berufsbezogene beziehungsweise studienbezogene Kompetenzen und Interessen prüfen.

Demokratie

Demokratische Strukturen finden sich auch im Bildungszentrum wieder. Schüler*innen lernen im Bildungszentrum nach ihrem Interesse und in ihrer Geschwindigkeit. Das kann nur durch demokratische Strukturen gewährleistet werden. Diese dienen dabei nicht nur als Interessenvertretung innerhalb des Bildungszentrums, sondern lehren auch Demokratieverständnis und Zusammenhalt und unterstützen die Schüler*innen in Selbstwirksamkeitserfahrungen.

Ausgeglichene Machtverhältnisse und Partizipation aller Beteiligten

Im Bildungszentrum sind die Machtverhältnisse ausgeglichen. Das Schüler*innenparlament ist neben der Lernbegleitendenkonferenz mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet. Engagement im Schüler*innenparlament wird von den Lernbegleitenden gefördert sowie in Entwicklungsberichten gewürdigt. Lernbegleitendenkonferenzen werden grundsätzlich unter Anwesenheit von Schüler*innen abgehalten, um Transparenz und Mitbestimmung zu fördern. Je nach Thema wird für Entscheidungen, wie beispielsweise die Gestaltung des Außenbereichs und der Lernmethoden, eine bestimmte Mehrheit innerhalb des Schüler*innenparlaments benötigt.

Teilhabe der Schüler*innen am Aufbau der Lernstruktur

Das Grundgerüst der Lernstruktur wird in Zusammenarbeit zwischen Lernbegleitenden und dem Schüler*innenparlament ausgearbeitet. Konkrete gemeinsame Unterrichtsinhalte sowie Didaktik werden dann im Rahmen des Curriculums innerhalb der Stammgruppe demokratisch abgestimmt. Wo möglich dürfen einzelne Schüler*innen oder Gruppen innerhalb der Lerngruppe selbst über ihre Themen und Lernmethoden bestimmen.

Schüler*innenhilfen und Konfliktlösung

Freiwillige Schüler*innenhilfen dienen als erste Ansprechpartner*innen für die Schüler*innen. Probleme, Konflikte und Fragen können so untereinander gelöst werden. Bei Bedarf können Lernbegleitende hinzugezogen werden. Sie nehmen dann eine beratende Funktion ein oder dienen als Mediator*innen.

Schüler*innenrat

Die Schüler*innen einer Stammgruppe setzen sich regelmäßig als Schüler*innenrat zusammen. Dieser ermöglicht ihnen gegenseitige Hilfe, Raum für Konfliktlösung und bietet eine Diskussionsplattform. Es können beispielsweise Themen besprochen werden, die das Miteinander, den Lerninhalt oder dessen Gestaltung betreffen. Ebenso können Ausflugsplanungen und Vorschläge ausgearbeitet werden. Dafür steht dem Schüler*innenrat ein Budget zur Verfügung, über das er grundsätzlich frei entscheiden kann.

Unterrichtsinhalte

Lerninhalte

Schüler*innen verlassen das Bildungszentrum als kritische Weltbürger*innen. Dazu stellt das Bildungszentrum die zentralen Weichen.

Bemündigung zur gesellschaftlichen Mitsprache

Die frühzeitige sozioethische, gesellschaftliche und politische Mitsprache als mündiger Mensch setzt voraus, sich schon im Bildungszentrum mit entsprechenden Fragen auseinanderzusetzen. Von besonderer Bedeutung sind dabei aus heutiger Sicht z.B. folgende Themen:

- Demokratie
- Kapitalismus, soziale Ungerechtigkeiten und alternative Wirtschaftssysteme
- Patriarchat und heteronormative Gesellschaft, Sexismus, Geschlechterrollen und Gender
- Rassismus
- Inklusive Gesellschaft
- Organisationstheorien
- Klimagerechtigkeit, Umwelt-, Naturschutz und Nachhaltigkeit
- Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus
- Kolonialismus und Expansionspolitik

Weltanschauungen kritisch betrachten

Alle Kinder und Jugendlichen beschäftigen sich unabhängig von der eigenen Konfession mit Philosophien und Weltanschauungen. Dabei werden unterschiedliche Religionen von verschiedenen Seiten kritisch beleuchtet. Einen besonderen Raum nimmt die Beschäftigung mit Werten, Normen und Verhaltensweisen ein. Dabei werden die Schüler*innen besonders zur Selbstreflexion ermuntert.

Diversität der Quellen

Eine Verbindung zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart wird hergestellt und diskutiert. Die Lerninhalte werden immer aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Bei der Quellenauswahl wird auf Diversität geachtet. Die Sichtweise von marginalisierten Gruppen wie Frauen, inter und trans Personen, LGBTQIA, Menschen mit Behinderung, Schwarzen Menschen und People of Color oder von Armut betroffenen Menschen sind genauso obligatorisch wie die außereuropäische

Perspektive.

Psychische Gesundheit

Psychische Erkrankungen sind starke Hemmnisse einer guten Bildung und Selbstverwirklichung. Deshalb wird psychischen Erkrankungen im Bildungszentrum aktiv entgegengewirkt.

Prävention und stigmatisierungsfreier Umgang

Zum multiprofessionellen Team gehören Psycholog*innen. Sie stehen jederzeit als Ansprechpersonen für alle Beteiligten zur Verfügung und schulen diese regelmäßig. Der hohe Stellenwert psychischer Gesundheit allgemein sowie der einzelner Krankheitsbilder wird thematisiert. Eine spezifische Stärkung der Resilienz findet statt. Risikofaktoren für die psychische Gesundheit wird aktiv entgegengewirkt, indem gegen Mobbing und Menschenfeindlichkeit im Alltag gearbeitet wird. Auf Menschen mit psychischen Erkrankungen wird besonders Rücksicht genommen und die Lernpläne werden stetig an die aktuelle Situation angepasst. Das Thema psychische Gesundheit wird in den Gesprächen zwischen Schüler*innen und Lernbegleitenden thematisiert. Den Schüler*innen werden Angebote zur Hilfe unterbreitet. Schüler*innen und Angestellte erhalten geeignete Hilfe frei von Stigmatisierung.

Hilfe über das Bildungszentrum hinaus

Das multiprofessionelle Team arbeitet mit Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen und Psychiater*innen außerhalb des Bildungszentrums zusammen, um eine bestmögliche Unterstützung innerhalb des Bildungszentrums zu gewährleisten. Eine Weitergabe von persönlichen Daten findet nur auf ausdrücklichen Wunsch der Person oder bei akuter Selbst- oder Fremdgefährdung statt. Psychiatrische und psychotherapeutische Behandlungen finden außerhalb des Bildungszentrums statt.

Weiterentwicklung

Die Schilderungen dieses Beschlusses ergeben sich aus der aktuellen Perspektive und verstehen sich im Kontext einer Transformation des gesamten Bildungssystems. Sie sind weder statisch noch alternativlos. Das Bildungszentrum entwickelt sich stetig weiter. Grundlage dafür sind wissenschaftliche Erkenntnisse sowie die Einschätzungen der Schüler*innen und Lernbegleitenden. Besonders wichtig ist, dass Lerninhalte auf ihre Aktualität geprüft und dem Zeitgeschehen angepasst werden.

V-7-B Gegen das globale Patriarchat - Für eine queerfeministische Außenpolitik

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2020
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Unsere junggrüne Friedens- und Außenpolitik richtet sich an diejenigen, die von
2 ihr betroffen sind und ist sensibel gegenüber Machtverhältnissen, die diese
3 Betroffenheit verstärken. Wir befürworten den Paradigmenwechsel, Sicherheit
4 nicht mehr im Sinne von Staaten, sondern im Sinne von Menschen zu denken.
5 Menschliche Sicherheit denkt Bedrohungen durch Hunger, Krankheit, Kriminalität
6 und Repression und physischer, mentaler und sexualisierter Gewalt mit und
7 entwirft Lösungskonzepte, bei der das Individuum und seine Bedürfnisse im
8 Vordergrund stehen. Um menschliche Sicherheit zu verwirklichen, müssen wir
9 Kritik an aktuellen Machtstrukturen ausüben. Denn wir wollen strukturelle
10 Diskriminierung und Unterdrückung jeglicher Art durchbrechen. Gewaltspiralen,
11 Aufrüstung und bewaffnete Konflikte basieren viel zu oft auf toxischen und
12 aggressiven Dynamiken von patriarchalen Strukturen. Wir als Grüne Jugend wollen
13 Machthierarchien durchbrechen und das Thema Frieden und Sicherheit
14 geschlechtergerecht betrachten.

Feministische Außenpolitik denkt intersektional

16 Unser Anspruch ist, Außenpolitik queerfeministisch und intersektional zu
17 gestalten. Manche Menschen gehören mehreren marginalisierten Gruppen an.
18 Intersektionalität bedeutet dabei, die besonderen Diskriminierungsformen, denen
19 diese Menschen ausgesetzt sind, zu bedenken. Frauen, inter und trans Personen,
20 die zusätzlich von weiteren Diskriminierungsformen betroffen sind, sind
21 besonders stark marginalisiert. Wir fordern deshalb, auf die Bedürfnisse
22 mehrfach diskriminierter Personen in Situationen des bewaffneten Konflikts und
23 außenpolitischen Lösungsansätzen einzugehen. Intersektionale Ansätze müssen in
24 allen Bereichen der deutschen Außenpolitik gemainstreamed werden. Dabei steht am
25 Anfang etwa die systematische Sammlung von nach Geschlechtern aufgeschlüsselten
26 Daten, die sich nicht nur auf binäre Geschlechterkategorien beschränken, sondern
27 alle Geschlechter einbeziehen. Darüber hinaus muss eine Analyse der
28 Geschlechterperspektive bei der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung von allen
29 außenpolitischen Maßnahmen durchgeführt werden, um geschlechtergerechte

Maßnahmen zu ermöglichen. Diese Analyse muss eine intersektionale Perspektive haben, die berücksichtigt, dass Menschen eines bestimmten Geschlechts eine heterogene Gruppe sind, unterschiedliche Lebensbedingungen haben, zu verschiedenen sozialen Gruppen gehören und von unterschiedlichen Diskriminierungsformen betroffen sind, die sich überschneiden und miteinander interagieren.

Feministische Außenpolitik setzt die Rechte von Frauen, inter und trans Personen konsequent um

Wir wollen, dass Frauen, inter und trans Personen ihre universellen Menschenrechte wie Schutz vor Gewalt und Diskriminierung uneingeschränkt wahrnehmen können. Ob aufgrund von materiellen Abhängigkeiten, fehlenden Mobilitätsmöglichkeiten, mangelndem Schutz vor geschlechtsbasierter Gewalt oder weiteren Faktoren - Frauen, inter und trans Personen sind oft überproportional stark von bewaffneten Konflikten betroffen. Die Situation von trans, inter, non-binary und agender Personen verdient dabei besondere Aufmerksamkeit, weil sie meist ebenso unter cis-männlicher Dominanz leiden, aber zusätzlich durch binäre Geschlechtersysteme unsichtbar gemacht werden. So stehen ihnen keine Schutzzräume zur Verfügung, was sich in bewaffneten Konflikten besonders stark auswirkt. Feministische Außenpolitik geht jedoch darüber hinaus, Frauen, inter und trans Personen nur als primäre Adressat*innen von Nothilfe zu sehen. Denn Frauen, inter und trans Personen sind Akteur*innen und Rechtsträger*innen und müssen als solche anerkannt werden. Daher müssen die Rechte von Frauen, inter und trans Personen in allem außenpolitischem Handeln berücksichtigt und gestärkt werden. Das bedeutet auch existierende diskriminierende Gesetze auf allen Ebenen abzubauen. Auch in der Entwicklungszusammenarbeit sowie in der Handelspolitik müssen Geschlechtergerechtigkeit und intersektionale Ansätze integriert werden.

Feministische Außenpolitik kämpft für gerechte Ressourcenverteilung

Patriarchale Strukturen führen in Deutschland und weltweit dazu, dass die Teilhabe von Frauen, inter und trans Personen an sozialen, ökonomischen und politischen Ressourcen begrenzt bleibt. Das ist inakzeptabel, denn für uns ist klar: Frauen, inter und trans Personen haben das Recht an mindestens 50 Prozent der Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Dazu muss die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich gegen bestehende Machtstrukturen und für mehr Teilhabe von Frauen, inter und trans Personen und marginalisierten Gruppen einsetzen, eine zentrale Rolle einnehmen. Wir wollen, dass in allen Bereichen Personal und finanzielle Mittel explizit zur Gleichstellung von Frauen, inter und trans Personen bereitgestellt werden. Diese Prozesse müssen partizipativ gestaltet werden, damit sie die Lebensrealitäten von Frauen, inter und trans Personen vor Ort berücksichtigen.

Feministische Außenpolitik bringt Frauen, inter und trans Personen an die Verhandlungstische

Die aktive Teilnahme von Frauen, inter und trans Personen an Verhandlungen fördert den Aufbau geschlechtergerechter und diverser Strukturen und sichert somit langfristig Frieden. Die Teilhabe von Frauen, inter und trans Personen und somit die Inklusion einer ganzen Bevölkerungshälfte in Verhandlungsprozesse führt dazu, dass marginalisierte Gruppen ihre wichtigen Perspektiven in die Verhandlungen einbringen können. Somit können Lösungsansätze gefunden werden, die diverse Perspektiven auf soziale und globale Gerechtigkeit berücksichtigen.

Frauen, inter und trans Personen müssen als Entscheidungsträger*innen auf allen Ebenen der Sicherheits- und Friedenspolitik einbezogen werden. Geschlechterhierarchien dürfen in keinem auswärtigen Engagement, sei es Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention oder Mediation von Friedensverhandlungen gestärkt, sondern müssen aufgebrochen werden. In Friedensprozessen müssen Frauen, inter und trans Personen und andere marginalisierte Gruppen anerkannt werden und aktiv an Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen teilnehmen. Frauen, inter und trans Personen müssen zudem nachhaltig auf allen Ebenen der Friedensarbeit aber vor allem in kommunalen Gemeinschaften durch finanzielle und technische Unterstützung gestärkt werden. Dazu gehören die Sensibilisierung und Ausbildung zum Thema Frauen, inter und trans Personen, Frieden und Sicherheit, Mediations- und Verhandlungstrainings sowie die Vernetzung von Frauen, inter und trans Personen in verschiedenen Konfliktkontexten. Auch bei Verhandlungen, welche im Rahmen der EU, OSZE oder Vereinten Nationen geleitet werden, muss sich die Bundesregierung für eine stärkere Frauen-, inter und trans Personen-Beteiligung einsetzen. Auch in der deutschen Außenpolitik sind Frauen, inter und trans Personen und andere marginalisierte Gruppen noch chronisch unterrepräsentiert. Dies betrifft sowohl die politische Ebene als auch die Beamt*innenebene. Die Bundesrepublik hatte noch nie eine Außenministerin. 2018 waren nur 16 Prozent der Leitungspositionen in deutschen Auslandsvertretungen von Frauen besetzt. Wir fordern deswegen eine Frauen-, inter und trans Personen-Quote von 50 Prozent für die Führungspositionen im Auswärtigen Amt. Hinzu kommt, dass Initiativen für mehr Diversität im Auswärtigen Amt wie die "Diplomats of Color" ehrenamtliche und damit unbezahlte Arbeit einzelner Diplomat*innen sind. Das wird dem Reformbedarf der Institution nicht gerecht. Daher fordern wir von den Behörden aufgelegte Diversitätsprogramme und Diversitätsmanagement für die Bundesverwaltung.

Feministische Außenpolitik denkt Abrüstung mit

Eine feministische Außenpolitik, die Frieden und Sicherheit für Frauen, inter und trans Personen garantiert, kann langfristig nur durch Abrüstung erreicht werden. Wir fordern die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch

Deutschland und den Einsatz für die völkerrechtlichen Achtung von autonomen Waffensystemen. Die langfristige Abrüstung nuklearer und konventioneller Waffen muss das Ziel einer feministischen, auf menschliche Sicherheit zentrierten Außenpolitik sein. Dabei muss Deutschland selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Feministische Außenpolitik beendet körperliche Gewalt an Frauen, inter und trans Personen

Mindestens 50 Prozent aller Geflüchteten sind Frauen, inter und trans Personen. Frauen, inter und trans Personen fliehen wegen Unterdrückung und Verfolgung aus politischen und religiösen Gründen. Aber auch Zwangsheirat, genitale Verstümmelung oder Vergewaltigungen sind weitere Gründe, die Frauen, inter und trans Personen zur Flucht zwingen. Frauen, inter und trans Personen erleben in Krisengebieten und auf der Flucht besonders stark körperliche und psychische Gewalt. Die Auflösung sozialer und gesellschaftlicher Strukturen einer Gesellschaft führt zur Zunahme der Gewaltbereitschaft. In vielen Bürgerkriegen gehören systematische Vergewaltigungen zur erklärten Kriegsstrategie. Frauen, inter und trans Personen, die Opfer von Gewalt wurden, leiden unter psychischen Langzeitfolgen, und ihrer sozialen Isolation. In der Arbeit mit Frauen, inter und trans Personen auf der Flucht und in Kriegsgebieten muss deswegen auch auf diese Formen der erlebten Gewalt eingegangen werden.

Feministische Außenpolitik arbeitet an der Überwindung globaler Machthierarchien

Mit feministischen Ansätzen der Außenpolitik arbeiten wir als Grüne Jugend daran, globale Machthierarchien aktiv zu überwinden. Als politischer Jugendverband in einem der reichsten Länder der Welt haben wir die Pflicht, den Herausforderungen der Weltgesellschaft durch Klimakrise, Kriege, Flucht und Vertreibung mit globaler Solidarität und progressiven Lösungsansätzen zu begegnen. Die hier entworfenen Lösungsansätze sollen in einer gleichberechtigten, globalen Debatte weiterentwickelt werden.

V-10-B Notbremse in der Verkehrspolitik: Alle Autobahnprojekte stoppen, Danni retten!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2020
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Dieser September war erneut der wärmste jemals auf diesem Planeten gemessene
2 September, es brennt wie noch nie in den Wäldern des Amazonas und an der
3 amerikanischen Westküste und wir rasen immer schneller in eine Heißzeit mit
4 lebensfeindlichen Bedingungen: Die Klimakrise zwingt uns zu schnellem Umsteuern.
5 Doch in Deutschland passiert genau das Gegenteil: Immer mehr Straßen führen zu
6 immer mehr Autos, während die Bahn kaputtgespart wird und Schienenkapazitäten
7 fehlen. Die Konsequenzen der bisherigen Verkehrspolitik treffen vor allem
8 Menschen, die an viel befahrenen Straßen wohnen, unter Lärm und Abgasen leiden
9 und nicht wegziehen können oder wollen.

10 Das können wir uns nicht länger leisten: Es braucht einen sofortigen
11 bundesweiten Baustopp für alle geplanten Neu- und Ausbauten von Autobahnen und
12 Bundesstraßen. Bereits mitten im Bau befindliche Projekte müssen abgebrochen
13 werden oder andernfalls nur in drastisch reduziertem Ausmaß und unter erneuter
14 Überprüfung von ökologischen Standards abgeschlossen werden. Eine
15 sozialökologische Verkehrswende ist mittel- und langfristig die einzig
16 nachhaltige Lösung für von Lärm und Abgasen betroffene Anwohner*innen.
17 Kurzfristig muss über alternative Verkehrsführung, Lärmschutzwände,
18 Geschwindigkeitsbegrenzungen und andere Mittel den Anwohner*innen Abhilfe
19 geleistet werden.

20 Im Gegenzug muss mit Hochdruck in den Ausbau des Schienennetzes und des
21 öffentlichen Nahverkehrs investiert werden. Aus dem Bundesverkehrswegeplan muss
22 ein Bundesverkehrswendeplan werden. Andreas Scheuer und seine Vorgänger haben
23 die notwendige Wende viel zu lange sabotiert, diese Versäumnisse müssen wir
24 jetzt ausbaden. Deswegen muss es jetzt umso schneller gehen, um jahrzehntelange
25 Versäumnisse aufzuholen, bevor es zu spät ist.

26 Der notwendige Autobahnstopp betrifft insbesondere auch den geplanten Ausbau der
27 A49 in Hessen. Einen wertvollen, intakten Wald zu roden, um darauf eine Autobahn
28 zu bauen, kann im Jahr 2020 niemand mehr akzeptieren. Wir unterstützen die
29 Proteste zum Schutz des Dannenröder Wald. Der „Danni“ ist neben seinem hohen

ökologischen Wert auch ein Wasserspeicher für die umliegenden Gebiete. Diese Wasserspeicher müssen geschützt werden, damit die umliegenden Gebiete nicht unter Wasserknappheit leiden. Durch die zunehmende Überhitzung wird es zudem schwierig, die angedachten Ausgleichsmaßnahmen umzusetzen. Ein artenreicher und gesunder Mischwald lässt sich nicht eben an einer anderen Stelle aufbauen. Deswegen kämpfen wir Seite an Seite mit lokalen Bündnissen und der Klimabewegung gegen den Bau der A49 und werden den Widerstand auch weiterhin tatkräftig unterstützen.

Milliarden, die heute noch in veralteten Autobahnprojekten versenkt werden, fehlen für die sozialökologische Verkehrswende. Die Kosten des Projekts A49 sind seit Ende 2019 weiter angestiegen. Öffentlich-private Partnerschaften dürfen nicht zur Verschleierung explodierender Kosten genutzt werden. Die ÖPP-Verträge zur A49 müssen gekündigt und inklusive Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen vollständig veröffentlicht werden. Verantwortlich für dieses kopflose Projekt ist der Bundesverkehrsminister. Er muss diese Verantwortung jetzt übernehmen und die A49 stoppen – oder den Weg frei machen für Nachfolger*innen, die dem Amt gewachsen sind. Doch gerade weil völlig unklar ist, wie lange Andreas Scheuer überhaupt noch im Amt ist, dürfen jetzt in Hessen nicht vorschnell Fakten geschaffen werden: Wir fordern von der hessischen Landesregierung, die Räumung jetzt sofort abubrechen und nicht länger Tatsachen zu schaffen für einen Plan, der ohnehin in die Tonne gehört. Die Klimakrise lässt es nicht zu, einfach weiterzumachen wie bisher. Wir werden den Planeten nicht retten können, ohne Konflikte einzugehen. Im Konflikt um die A49 gab es lange nicht genug Rückhalt, um die Pläne zu stoppen. Das hat sich nun geändert: Nicht nur die Dringlichkeit der Klimakrise hat sich verschärft, auch der Widerstand gegen neue Straßenprojekte ist breiter geworden. Wir sind in unserem Kampf für die Verkehrswende schon lange nicht mehr auf uns alleine gestellt. Die Zeit der Autobahnen ist vorbei.